

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 fl.
monatl. 4.80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16.08 fl. monatl. 5.36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2.50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 fl. 70 fl. Pf.
Deutschland 10 fl. 70 fl. Goldpf. übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Plat-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Oftertengebühr 100 Groschen. — Für das Erteilen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkodkonten: Poser 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 134.

Bromberg, Freitag den 14. Juni 1929.

53. Jahrg.

Liquidation der Liquidationen.

In der "Frankfurter Zeitung" vom 12. d. M.
lesen wir folgenden Aufsatz:

Ende Februar 1929 ist dem Völkerbundrat eine Petition der deutschen Minderheiten in Polen überreicht worden, die sich gegen die zu Beginn des Jahres wieder aufgenommenen Liquidationen und die damit eng zusammenhängende Behandlung der Staatsangehörigkeitfrage durch Polen wendet. Dem in der Petition ausgesprochenen Erfuchen, die Angelegenheit als dringlich zu erklären, hat der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond nicht stattgegeben, mit der Begründung, daß eine Veränderung des Sachbestandes nicht zu erwarten sei. Die polnische Regierung, der die Petition zur Rückäußerung zugeleitet worden ist, hat darauf bis zur Stunde noch nicht reagiert. Mittlerweile haben die Tatsachen, nämlich die Fortführung der Liquidationen in stärkstem Maße, die Voraussetzung für die Entscheidung des Generalsekretärs aufgehoben.

Neun Jahre schleppt sich nun der Streit hin. Seit 1923 hatte sich der Völkerbundrat mit ihm zu befassen, ohne daß er wesentlich über ein dilatorisches Verhalten hinausgekommen wäre. Entscheidend ist die primäre Frage der Staatsangehörigkeit, denn nach Art. 297 des Versailler Vertrages sind deutsche Reichsangehörige, die die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben, von der Liquidation ausgenommen. Die in Artikel 91 des Friedensvertrages enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch deutsche Reichsangehörige werden in Art. 4 des Minoritätschutzvertrages mit Polen ergänzt. Danach erkennt Polen als polnische Staatsangehörige rechtmäßig und ohne jede Formlichkeit die deutschen Staatsangehörigen, die beim Inkrafttreten des Vertrages in dem Gebiet wohnen, das als Teil Polens anerkannt ist oder noch wird, und die Personen deutscher Nationalität, die in dem genannten Gebiete von dort ansässigen Eltern geboren wurden, auch wenn sie selber ihren Wohnsitz bis zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages dort nicht hatten. Am 7. Juli 1923 beschloß der Rat, zur Interpretation der zweiten Bestimmung ein Gutachten desständigen internationalen Gerichtshofes einzuhören, der die polnische Auffassung verwarf. Später aber — durch die Beschlüsse vom 27. September 1923 und vom 14. März 1924 — regte er an, den ganzen Fragenkomplex durch ein Übereinkommen zwischen Deutschland und Polen zu vereinigen. So kam es zur Wiener Konvention vom 30. August 1924. Dieser Vertrag stellte klar, daß Polen etwa doppelt so viel Deutsche der Liquidation unterworfen hatte oder unterwerfen wollte, als nach den bestehenden Verträgen zulässig war. Aus den Vorschriften des Minoritätschutzvertrages hatten die polnischen Behörden, und sie tun es jetzt wieder, mit allerhand sophistischen Mitteln herauszukommen gesucht. (Auf diese Art hat man es nachweisbar u. a. fertiggebracht, ein Gut zu liquidieren, das seit 1800 im Besitz ein und derselben Familie war, oder einen Landwirt von seiner Besitzung zu verdrängen, dessen Vorfahre zum Dank für seine Dienste als polnischer General und Postmeister von polnischen Königen das Indigenat für alle seine Nachkommen erhalten hat.) Hinsichtlich verhielten sich die Polen gegenüber der Wiener Konvention, und bald machten sich abermals diplomatische Verhandlungen nötig, die sich erfolglos hinstreckten. Den Entscheidungen einer endlich am 21. Dezember 1926 für sechs Monate eingesetzten deutsch-polnischen Schlichtungskommission erging es nicht besser. Sie erleidete nur eine ganz geringe Zahl von Fällen. Am 10. Januar dieses Jahres leitete Polen mit der Kündigung des Arrangements der Schlichtungskommission die neue Flut der Liquidationen ein, da die Verhandlungen über ein Äquivalent nicht zum Ziele geführt hätten. Als Ausgleich spielten für Polen, wenn auch nicht in formeller Verknüpfung mit den Verhandlungen über die Staatsangehörigkeit und die Liquidation, so doch tatsächlich Handelsvertragswünsche eine beträchtliche Rolle. Eine Unterredung des deutschen Gesandten in Warschau mit Pilsudski, in deren Verlauf der Marschall entgegenkommende Zusicherungen machte, hatte nur den Erfolg, daß die Liquidationen ganz vorübergehend abgestoppt wurden, um dann in noch größerer Zahl als vorher wieder einzufeuern. An der Loyalität der damaligen Vereitwilligteit Pilsudskis, zu einer Beendigung des elf Jahre nach dem Kriege wahrhaftig anachronistischen Streites beizutragen, ist wohl nicht zu zweifeln, aber es scheint, daß es in Polen Kräfte gibt, die auf diesem Gebiete einflussreicher sind als selbst der Marschall.

In einer der Ratsitzungen, in denen die Handhabung der vertraglichen Bestimmungen über die Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit und die Liquidationen zur Sprache gekommen sind, erklärte der polnische Vertreter — am 4. Juli 1923 —, daß ja jede von der Liquidation betroffene Person an das gemeinsame deutsch-polnische Schiedsgericht appellieren könne. Dieses deutsch-polnische Schiedsgericht indessen ist ein Kapitel für sich. Es ist einfach zur Farce geworden, und seine Wirksamkeit läuft praktisch auf Rechtsverweigerung hinaus. Wie die andern durch den Versailler Vertrag eingegessenen Schiedsgerichte wird es unter neutralem Präsidium von einem deutschen und einem gegnerischen Vertreter gebildet. Es trat im Mai 1923 zusammen. Sein erster Präsident, der Schweizer Moriz Guex, machte sich, nachdem er in den Stoff eingedrungen war, energisch an die Arbeit. Ein Jahr darauf aber starb er. Sein Nachfolger wurde Ende 1924 der Schweizer Guex. Auch der neue Vorsitzende mußte sich zunächst einarbeiten, und so konnte das Gericht erst im Jahre 1925 seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Ende 1926 trat Guex von seinem Posten zurück, und glücklich nach einer Pause von einem Jahr erhielt das Gericht in dem

Schweizer Fachental einen neuen Präsidenten. Wieviel Entscheidungen, die für die Liquidationsfrage von Bedeutung sind, hat nun das Gericht getroffen? Gar keine, es sei denn, man rechne die Fälle mit, in denen es sich, dem Antrag des polnischen Vertreters entsprechend, für ungünstig erklärt hat. Nicht weniger als rund 35 000 Sachen haben sich seit 1923 angehämmelt, ohne daß auch nur ein einziges Endurteil in einer Liquidationsfalle ergangen wäre! (Die deutsch-amerikanische Mixed claim commission hat in viel kürzerer Zeit Tausende von Fällen entschieden und wird binnen kurzem mit ihrer Aufgabe fertig sein.)

Bei dem dem Schiedsgericht überwiesenen Fällen handelt es sich sowohl um Einsprüche gegen die Liquidation überhaupt, als auch um Forderungen nach höherer Entschädigung. Diese Anträge richten sich auf das Gutachten eines von dem Schiedsgericht auf Grund eines Beweisbeschlusses bestellten neutralen Expertenkomitees, das als das Mindestmaß einer angemessenen Entschädigung die Hälfte des Kriegswertes bezeichnet hat. Zu der selbst mit den dialektischen Kunstdingen nicht zu haltenden Auslegung der Vorschriften über die Staatsangehörigkeit gefallen sich nämlich Entscheidungen, nach denen der Liquidierte von Glück sagen kann, wenn er ein Drittel des Wertes bezahlt bekommt. In der Regel beträgt die Entschädigung 10 bis 25 Prozent des Kriegswertes. Die Liquidation erfolgt, so bestimmt es Artikel 297 des Versailler Vertrages, nach den Gesetzen des beteiligten Staates, in Polen durch das Liquidationsgesetz vom 15. Juli 1920. Die Zusammensetzung des Liquidationskomitees tut ein übriges. Es ist nicht nur einmal vorgekommen, daß nach den Bewertungsprinzipien des Liquidationsamtes auch noch ein Defizit herausgerechnet worden ist, der Liquidierte also Geld hätte drauflegen sollen, wenn ihm das nicht im Gnadenwege erlassen worden wäre. Andererseits gibt es Fälle, in denen der Erwerber durch Verkauf eines Teiles des Liquidationsobjektes mehr als das Dreifache des Wertes erzielt hat, der das Liquidationsamt als Gesamtentwertung gezahlt hat. Unter den polnischen Interessenten ist es offenes Geheimnis, daß der Abtrieb einiger Waldparzellen genügt, um das ganze Gut zu kaufen. Das Liquidationsamt hält sich nicht einmal an die von den polnischen Gerichten festgestellten Taxwerte. Die Taxe des Liquidationsamtes betrug verschiedentlich nur die Hälfte oder sogar nur ein Fünftel des vom Gericht geschätzten Wertes.

Die Folge der polnischen Liquidationspolitik ist, daß seit Jahren tausende deutscher Kläger in Flüchtlingslagern und Notunterkünften ohne Erwerb auf den Spruch des Schiedsgerichts harren. Die Verhältnisse haben sich jedoch so zugespitzt, daß es nicht mehr angeht, sich auf das Schiedsgericht zu verlassen. Es ist vielmehr höchste Zeit geworden, die Sache vor dem Völkerbundrat anzuschnüren, und es ist gut, daß die eingangs erwähnte Petition auf Initiative Deutschlands als Ratsmacht hin noch auf das Programm der Madriter Tagung gestellt worden ist. Denn das Vorgehen der polnischen Regierung in der Staatsangehörigkeits- und Liquidationsfrage wird immer mehr zu einer schweren Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen, die den Lebensinteressen beider Völker schadet und beispielweise für die Handelsvertragsverhandlungen nicht die Atmosphäre der Loyalität aufkommen läßt, die nötig ist, um damit zu einem beiden Teilen dienenden Ziel zu gelangen. Die von ihrem Grund und Boden Verdrängten belaufen in Deutschland nicht nur die öffentlichen Kosten, sondern beeinflussen begreiflicherweise auch die Stimmung unter der deutschen Bevölkerung gegen Polen. Der von der Liquidierung der Vergangenheit handelnde Abschnitt des Pariser Reparationsplanes bietet eine Grundlage, eine Verständigung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß Polen guten Willens wäre. In jedem Falle lautet eine der dringlichsten Aufgaben der deutschen Politik Polen gegenüber: Liquidation der Liquidationen.

Der Kampf des Rechts.

Unter der Überschrift "Deutsche Offensive" äußert sich der "Kurier Poznański" zu der Behandlung der Minderheitenfrage in Madrid u. a. wie folgt:

"Der schon zweimal redigierte Bericht des japanischen Botschafters Adachi, mit dem sich Polen einverstanden erklärt hat, den aber Stresemann wiederum ablehnt, enthält schon jetzt sehr unruhigende Anträge wie z. B. die Beantwortung der Minderheitenklagen durch das Sekretariat des Völkerbundes, was den Weg öffnen würde zu einer ständigen Korrespondenz zwischen den Minderheiten und Genf, ferner den Antrag, das Verfahren vollständig öffentlich zu machen, und schließlich die Möglichkeit, das Dreierkomitee zu einem Künferkomitee zu erweitern, damit darin ein Vertreter Deutschlands Platz nehmen könnte. Diese Befreiung in dem bisherigen Verfahren genügt den Deutschen aber noch nicht. Herr Adachi wird, so scheint es, seinen Bericht zum dritten Male unverarbeitet lassen. Inzwischen spricht man schon von der Vertragung der ganzen Frage, was gerade das Ziel der deutschen Delegation ist. Gest steht man, welcher Fehler auf unserer Seite gemacht worden ist, als man sich damit einverstanden erklärt, das bisherige Minderheitenverfahren zu diskutieren und zu verbessern.

Minister Stresemann geht indessen noch weiter. Er macht nämlich von dem ihm als Ratsmitglied auftretenden Recht Gebrauch und verlangt vom Völkerbundrat die sofortige Untersuchung — ohne Beteiligung des Dreierkomitees — der Klagen der deutschen Sejmabgeordneten Graeve und Naumann in Sachen der Liquidation des deutschen Bestzes. Bisher hat sich noch niemals ein Mitglied des Rates an diesen unmittelbar in einer solchen Frage gewandt, da dies ein sehr heikles Ding ist. Wenn Stresemann mit der bisherigen Praxis gebrochen hat, so ge-

schehe es deshalb, um nicht nur das Dreierkomitee zu übergehen, sondern um gleichzeitig das Signal zu einer allgemeinen Offensive gegen Polen auf dem Minderheitengebiet zu geben. Es ist dies nach dem Auftreten Schachts in Paris ein neuer offener Angriff auf Polen. Wir können vorerst nicht sagen, welches Ergebnis die Madriter Session haben wird. Die (von wem wohl?) inspirierte französische Presse tritt entschieden gegen die deutsche Annahme in der Minderheitenfrage auf. Trotzdem gewinnt Deutschland Schritt für Schritt Terrain in Madrid. Es ist hier, ebenso wie auf allen anderen Gebieten, in der Offensive, was man von unserer Politik nicht sagen kann. Es zeigt sich, daß die Folgen von Vercarno, die Erledigung der Entschädigungsfrage und die Ankündigung der Rheinlandräumung durchaus nicht eine Politik der Entspannung und der Verständigung sind, wovon man im Westen schreibt, sondern ein immer größeres Wachsen des Appetits der Deutschen, ein immer größerer Übermut und ein immer größerer Erfolg auf ihrer Seite.

Wir geben einmal zu bedenken, ob der "Kurier Poznański" sich wohl mit ähnlich wilden Gebärden, die jeder sachlichen Begründung entbehren, zur Zeit der ganz geringfügigen preußischen Enteignungen gegen einen Völkerbundesklage der liquidierten Eigentümer gewandt hätte. Das Pozener Blatt sollte einmal in seinen früheren Jahrgängen nachblättern und sich bei einer vergleichenden Betrachtung überlegen, daß man zur "Wiederentzweiung" der Enteignungsgesetzgebung in Polen nicht aus 1 eine 4, sondern aus 4 gleich 9000 gemacht hat. Bei dieser Überlegung kann man den Angriff der polnischen Presse gegen das auch durch polnische Gesetze verbriezte Recht der deutschen Minderheit in Polen, ihre Beschwerden in Genf vorzubringen, nur als unmoralisch bezeichnen.

Der Kampf geht weiter.

Über den gegenwärtigen Stand der Minderheiten-Beratungen in Madrid erhält der "Oberschlesische Kurier" aus Madrid folgenden instruktiven Bericht:

Der Ratsausschuß für die Minderheitenfrage hat am Dienstag abend endgültig seine Arbeiten mit der einstimmigen Annahme eines Berichtes an den Völkerbundrat abgeschlossen, in dem auf der Grundlage des Londoner Minderheitenberichtes technische Verbesserungsvorschläge für das Beschwerdeverfahren der Minderheiten gemacht, jedoch die grundsätzlichen Fragen des Minderheitenrechtes überhaupt nicht berührt werden. Die endgültige Entscheidung fällt in der Donnerstag-Sitzung des Völkerbundrates, in der der Bericht des Ratskomitees zur Annahme gelangen soll.

Das Ergebnis ist wenig befriedigend und entspricht nicht den von der deutschen Abordnung gestellten Zielen. Die Vertragung ist nicht erreicht worden, eine Berücksichtigung der grundsätzlichen deutschen Forderungen über die Dauer-Garantie des Minderheitenrechtes und den ständigen Minderheitenausschuß ist nicht erfolgt. Der gegenwärtige ungenügende Zustand des Minderheitenrechtes bleibt im wesentlichen mit geringen Änderungen unverändert. Die Gegenseite erklärt, daß damit die Minderheitenfrage endgültig erledigt sei. In dem Bericht an den Völkerbundrat wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß die Protokolle der Sitzungen, sowie der Londoner Minderheitenbericht sämtlichen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zugesandt werden sollen, so daß damit eine allgemeine Wiederaufnahme des Minderheitenausschusses auf der September Vollversammlung des Völkerbundes möglich ist.

Von deutscher Seite wird zu dem Abschluß der Verhandlung des Ratsausschusses folgende Darstellung gegeben:

Der Kampf geht weiter. — Die deutsche Forderung auf Vertragung ist abgelehnt worden, da Britain eine Festlegung der bisherigen Verhandlungen forderte. Durch den Beschluss auf Überweisung der Protokolle und des Londoner Minderheitenberichts an sämtliche Mitgliedsstaaten ist deutlich gezeigt, daß die allgemein grundsätzlichen Fragen noch vollständig offen sind.

Die deutsche Abordnung hat in der Schlusssitzung eine amtliche Protesterklärung abgegeben, die stärksten Widerspruch eines Vertreters hervorgerufen hat, der forderte, daß der grundsätzliche Standpunkt des Londoner Minderheitenberichtes vom Völkerbundrat voll anerkannt würde. Eine derartige Aussage in der Ratsitzung würde jedoch vom deutschen Vertreter abgelehnt werden. Es steht noch nicht fest, welchen Gang

die Verhandlungen des Völkerbundrats am Donnerstag nehmen werden, jedoch sind die grundsätzlichen Fragen völlig offen und es besteht die Möglichkeit, zu einer späteren Zeit, wenn günstiger eine allgemeine politische Verhandlung vorliegen, die Minderheitenfrage von neuem grundsätzlich aufzurollen. Im wesentlichen ist jedenfalls die sachliche Aussprache über die Minderheitenfrage damit abgeschlossen worden. Die deutsche Forderung auf Aufrufung des Internationalen Haager Schiedsgerichtshofes über den grundsätzlichen Charakter des Minderheitenrechtes hat allgemein bei den Ratsmitgliedern große Beunruhigung hervorgerufen, da darin ein Armszeugnis für den Völkerbundrat erblickt wird.

Der neue Bericht des Ratsausschusses an den Völkerbundrat setzt den Londoner Minderheitenbericht, den Deutschland jetzt von neuem grundsätzlich abgelehnt hat, an die letzte Stelle und rückt die neuen technischen Verbesserungsvorschläge in den Vordergrund. Diese Vorschläge entsprechen im wesentlichen den von uns bereits veröffentlichten Empfehlungen des Londoner Minderheitenberichtes. Von deutscher Seite wird entscheidendes Gewicht darauf gelegt, daß er grundsätzliche Fragen für eine Aufnahme der Aussprache auf der Septembertagung des Völkerbundrats offen bleiben, jedoch muß zuerst fest-

gestellt werden, daß die sachliche Aussprache in einer Weise zum Abschluß gebracht worden ist, die den deutschen Wünschen und Forderungen in keiner Weise Rechnung trägt.

„Die neue Ära“.

Unter diesem Titel urteilt der „Kurier Poznański“ über den Abschluß der Pariser Konferenz wie folgt:

Die polnische öffentliche Meinung muß sich darüber klar werden, daß wir in internationaler Hinsicht in eine vollständig neue Ära eintreten. Bisher waren alle Schülzungen des Versailler Vertrages, die Europa und natürlich die neu entstandenen Staaten gegen einen neuen (?) Revanche-Angriff Deutschland schützen, in Geltung. Diese Epoche geht in den nächsten Monaten zu Ende. Der Young-Plan über die Entschädigung ist nicht nur die endgültige Erledigung dieser Frage und die Anerkennung neuer finanzieller Zugeständnisse an Deutschland, sondern außerdem, wie selbst der „Temps“ sagt, der entscheidende Schritt zur Vignifikation des Krieges. Unter diesem Ausdruck ist die Beseitigung aller Verbindlichkeiten und Beschränkungen zu verstehen, die Deutschland nach dem Kriege infolge seiner Niederlage auf sich nehmen mußte. Aufgehoben wird vor allem die Besetzung des Rheinlandes. Der Young-Plan sieht sogar den Termin dafür vor. Deutschland kam die Regierung Macdonalds zu Hilfe, deren Außenminister Henderson öffentlich als seine erste Aufgabe die Räumung des Rheinlandes bezeichnete. Stresemann soll im Besitz einer solchen Unterstützung schon in der Außenkommission des Reichstages erklärt haben, daß die Annahme des Young-Planes von der vorausgehenden Rheinlandräumung abhängig sei. Die Rollen sind also vollständig vertauscht. Hat die Erinnerung des „Temps“ irgend welche Aussicht, daß nach einer Generalvereinbarung im vergangenen September außer der Erledigung der Entschädigungsfrage die zweite Bedingung für die Räumung die Berufung einer Feststellung und Verständigungskommission sei, die über die Sicherheit der entmilitarisierten Rheinlandzone zu wachen hätte? Die Deutschen haben, wie es scheint, diese Bedingung vollständig vergessen. Und von der Notwendigkeit, bei der Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes, die eine Bürgschaft für den ganzen Versailler Vertrag war, Polen zu sichern, ist gar nicht mehr die Rede. Diesen Prozeß haben wir endgültig verloren.

Aber die Besetzung des Rheinlandes ist nicht die einzige Fesselung Deutschlands. Das „Berliner Tageblatt“ erinnert daran, daß für Deutschland hundertmal wichtiger als die Rheinlandräumung die Beseitigung jeder Kontrolle über die Wirtschaft im Reich, über die Reichsbahn usw. ist, die noch im Dawes-Plan vorgesehen war, die aber jetzt durch den Young-Plan aufgehoben ist. Nach der Beseitigung der militärischen Kontrolle kommt also die Aufhebung der wirtschaftlichen Kontrolle. Die deutsche Volkswirtschaft erlangt die Möglichkeit einer Expansion, die durch nichts eingeschränkt ist. Sie kann wieder zu der Anwendung der traditionellen Politik der wirtschaftlichen Unterwerfung zurückkehren, was sie mit Erfolg schon jetzt sogar auf polnischem Boden tut. Deutschland erwartet, daß die neue mächtige internationale Bank ihm dabei behilflich sein werde, und daß die Gläubiger des Reiches ein Auge zu drücken werden angesichts der Drohung, daß andernfalls die Entschädigungszahlungen eingestellt werden. Und es ist bekannt, womit die wirtschaftliche Unterwerfung durch deutsches Kapital endigt.

Die Erledigung der Entschädigungsfrage wird in Frankreich als die Grundlage für eine Politik der französisch-deutschen Entspannung und Verständigung angesehen. Diese Tatsache befriedigt aber die Deutschen durchaus nicht. Die nationalistische Presse ist sogar ausgebracht über die „schweren“ Bedingungen. Wir haben lebhaft von den großen Kundgebungen berichtet, die in Deutschland gelegentlich des zehnten Jahrestages des Versailler Vertrages gegen diesen in Szene gesetzt werden sollen. An diesen Kundgebungen nimmt die Regierung teil, die einen Aufruf an das Volk richtet. Gleichzeitig hat das Kultusministerium allen Schulen den Auftrag erteilt, in irgend einer Form die deutschen Schüler auf den Vertrag, seine Geschichte und seine Konsequenzen hinzuweisen. Das heißt: es soll dem ganzen jungen deutschen Geschlecht das Versailler Urrecht in Erinnerung gebracht werden und die nationale Pflicht des Kampfes gegen dieses Diktat. Das ist die amtliche Antwort auf die irrsinnigen Versicherungen, daß sich Deutschland in Locarno mit dem Vertrage abgefunden habe und daß es immer pazifistischer und verträglicher werden würde. In Wirklichkeit arbeitet Deutschland nach einem genau vorgezeichneten Plane ununterbrochen an der vollständigen Aufhebung des Versailler Vertrages. In diesem Jahre ist es ihm gelungen, alle Beschränkungen und jede Kontrolle über sich aufzuhoben. Die angekündigten Demonstrationen in Deutschland gegen diesen Vertrag sind ein Zeugnis dafür, daß Deutschland nicht der Ansicht ist, daß es dadurch sein Ziel erreicht hat. Die wiedererlangte wirtschaftliche und politische Freiheit will es ausüben gegen die noch unberührten Vertragsbestimmungen, namentlich gegen diejenigen, die auf die Grenzen Bezug haben. Von 1930 an wird es in dieser Richtung eine Aktion beginnen, wobei es sich der Minderheitenfrage, der Abrüstung, der wirtschaftlichen Unterwerfung der neuerstandenen Staaten und des Artikels 19 des Völkerbundpaktes bedienen wird. Es rechnet dabei auf die Unterstützung der Regierung der Labour-Party in England und auf die Ausbreitung der Germanopholie in Frankreich. Es wäre Blindheit, diese Situation nicht zu sehen und sie nicht klar dem polnischen Volke darzulegen. Wir können uns nicht auf andere verlassen, müssen vielmehr selbst den Gefahr begegnen. Bisher war auf unserer Seite nichts zu sehen, wodurch die Verwirklichung des genau durchdachten Planes Stresemans durchkreuzt und unmöglich gemacht worden wäre. Um so größere Verantwortung liegt auf dem polnischen Volke, das aus der bisherigen Passivität heraus muß, die für gewisse Kreise sehr begreiflich sein mag, die aber für den Staat schädlich ist. Glücklicherweise beginnt diese Passivität zu verschwinden.

*
Der „Kurier Poznański“ will seine Lente zum Gruseln bringen, darum erzählt er ihnen so schaurige Märchen. Verständige Menschen, die schon das Denken verstehen, werden sich trotzdem sagen, daß es endlich an der Zeit ist, den Frieden in der Welt herzustellen und daß man sich hier nicht um den Rhein zu kümmern hat, weil man auch nicht will, daß sich Deutschland für den Bug interessiert. Verständige Menschen werden sich nach Kenntnisnahme des vorliegenden Auflasses noch folgende Frage stellen: Wenn wirklich die „neue Ära“ am Himmel herauszieht, die Deutschland so mächtig machen soll, warum empfiehlt dann der „Kurier Poznański“ noch immer eine Haltung gegenüber diesem Lande, die schließlich nur ein angeschossenes Wild der alten Ära gleichmäßig zu ertragen vermag? Wenn der „Kurier Poznański“ für die Welt einen neuen Völkerfrühling befürchtet, warum soll dann Polen noch im Wintermantel herumlaufen?
Gott schenke euch, meine Herren, eine nüchternere Überlegung, viel Sonne und noch mehr frische Luft!

Kur private Gespräche.

Berlin, 13. Juni. (PAT) Ein halbamtlisches Commissariat demonstriert die Meldung von der Wieder-aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und betont, daß lediglich die Absicht bestehe, am 16. d. M. in Warschau private Gespräche zwischen Vertretern der Elektrotechnik und der Maschinenbau-industrie anzubauen.

Die offiziellen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sollen, dem „Kurier Poznański“ zufolge, erst nach Beendigung der Session des Völkerbundrats in Madrid beginnen.

Kein zweites polnisches Gastspiel in Oppeln.

Oppeln, 13. Juni. Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien teilt mit, daß der Bund der Polen dem Magistrat in Oppeln mitgeteilt hat, daß er seinen Antrag auf Überlassung des Stadttheaters mit Rücksicht auf den baulichen Zustand des Theaterraumes zurückgedrängt hat.

Vom Polenbund wurde bekanntlich beabsichtigt, Ende Juni ein zweites polnisches Gastspiel in Oppeln zu veranstalten. Von deutscher Seite bestanden bei den behördlichen Stellen auch keinerlei grundsätzliche Bedenken dagegen. Der Magistrat Oppeln konnte jedoch den Theateraal für den Sommer nicht zur Verfügung stellen, da die Bühne des Oppeler Stadttheaters sich im Umbau befindet und auch sonst auf Anordnung des Polizeipräsidenten verschiedene Änderungen baulicher Art im Theater vorgenommen werden müssen.

Ulliz-Prozeß in zwei Wochen.

Kattowitz, 13. Juni. Wie die polnische Presse zu berichten weiß, hat der Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Kattowitz dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, ehem. Abgeordneten Ulliz, die Anklageurkunde überreicht. Die Anklageurkunde umfaßt acht Drucksachen und beschuldigt den Angeklagten des Vergehens der Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst und Flüchterleichterung. Der Prozeßtermin wurde noch nicht festgelegt, doch glaubt die „Polonia“, daß die Verhandlung in den nächsten zwei Wochen stattfinden wird.

Nachdem der Termin für diesen Prozeß von der polnischen Presse wiederholt angekündigt wurde, darf, wie der „Obersch. Kurier“ annimmt, auch die Annahme der „Polonia“, daß der Prozeß in aller nächster Zeit stattfinden wird, verfrüht sein, obwohl Herr Baleski seinerzeit dem Völkerbundrat versichert hat, daß das Verfahren gegen Ulliz nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Hoher sozialistischer Besuch in Polen.

Warschau, 13. Juni. (Eigene Meldung.) In der nächsten Woche kommen nach Polen als Gäste der polnischen Sozialistischen Partei Vertreter der II. (sozialistischen) Internationale, und zwar: der Vorsitzende der Internationale, der Führer der belgischen sozialistischen Partei und frühere Außenminister Emile Vandervelde mit seiner Gattin, der Präsident des Deutschen Reichstags Paul Löbe, der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei C. T. Cramp, der Präsident des lettischen Parlaments Paul Kalnins, einer der führenden Personen des lettischen Parlaments Paul Kalnins, eine der führenden Personen von den Führern der französischen Sozialisten Blum oder Renaudel kommt, ist noch unbekannt.

Es sind — wie der „Robotnik“ mitteilt — große Volksversammlungen in Warschau, Łódź und Krakau vorgesehen, an denen die Führer des europäischen Sozialismus teilnehmen werden. Die sozialistischen Gäste werden auch die Ausstellung in Posen besuchen. Die hohen sozialistischen Herrschaften werden vom Zentralen Exekutivkomitee der PPS. und dem Sejmarschall Józef Piłsudski empfangen werden.

Plenarsitzung des parlamentarischen Klubs der P.P.S.

Warschau, 13. Juni. (Eigene Meldung.) Den 11. d. M. fand im Sejm eine Plenarsitzung des parlamentarischen Klubs der PPS. unter dem Vorsitz des Abg. Niedziakowski statt. Der Generalsekretär des Zentralen Exekutivkomitees der Partei, Abg. Buzacki, referierte zuerst über den Stand der Organisations- und Agitationsarbeiten der Partei, worauf die eingeladenen Abgeordneten und Senatoren über die in ihren Wahlkreisen geführten Arbeiten und über die in der Bevölkerung herrschenden Stimmungen Bericht erstatteten.

U. a. stellte der Abg. Dziegielewski ein bedeutendes Anwachsen der oppositionellen Stimmung unter der Bevölkerung der Woiwodschaft Posen fest. Das Referat über die politische Situation im Staate und das Programm der politischen Aktionen der PPS. in den nächsten Monaten hielt Abg. Niedziakowski. Das Referat wurde nach durchgeführter Diskussion zur Kenntnis genommen.

Marschall Piłsudski soll vernommen werden.

Warschau, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Staatsgerichtshof beschäftigte sich gestern mit dem von den Anklägern im Czecho-slowakischen Prozeß eingeleiteten Protest gegen die Entscheidung des Richters Baleski, der den Antrag auf Vernehung einiger Minister abgelehnt hat. Nach mehrstündigen Beratungen wurde der Protest in bezug auf die Vernehung des ehemaligen Ministerpräsidenten Bartels sowie der Minister Skladkowski und Jurkiewicz berücksichtigt. Ferner wurde beschlossen, daß an den Staatsgerichtshof gerichtete Schreiben des Marschalls Piłsudski den Aten nicht beizufügen und die Vernehmung des Marschalls Piłsudski bis zum Beginn der Hauptverhandlung zu verzögern, die Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden soll.

Ermordung eines polnischen Konsulatsbeamten?

Kiew, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Entfernung von 17 Kilometern von Kiew wurde am Ufer des Flusses Irpin die Leiche des polnischen Konsulatsbeamten Mierzejewski in einer Blutschale aufgefunden. In der Schläfe steckte eine Revolverkugel. Es wurde unverzüglich eine Untersuchungskommission gebildet, die diesen geheimnisvollen Fall untersuchen soll. Die Kommission gehört auch ein Vertreter des polnischen Konsulats an.

Der Staat muß zahlen.

Warschau, 13. Juni. (Eigene Meldung.) Die Verwaltungswut der ausgehenden Lemberger nationalistischen Studenten hat sich bekanntlich besonders an den Druckerei- und Redaktionseinrichtungen der zionistischen Zeitung „Chwila“ ausgetobt. Der Verlag dieser Zeitung fordert von der Regierung Schadenerfaß in Höhe von 150000 Zloty.

Gestern ist ein diesbezügliches, vom Herausgeber und Chefredakteur der „Chwila“ Henryk Heschels gezeichnetes Gesuch zu Händen des Leiters des Finanzministeriums Matuszewski und des Innenministers Skladowski gelangt. Dem Gesuch sind photographische Aufnahmen der vernichteten Maschinen und Einrichtungen der Druckerei, der Redaktion und Geschäftsstelle beigefügt.

Ein Nachspiel des Hromada-Prozesses.

Die Ermordung eines Belastungszeugen wird gesühnt.

Wilna, 12. Juni. PAT. Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand am Montag die Verhandlung gegen einen gewissen Klemencic statt, der beschuldigt wird, während des im vorigen Jahre in Wilna schwedenden Prozesses gegen Mitglieder der weißrussischen Arbeiter- und Bauern-Hromada — der Hauptangeklagte war der bekannte frühere Abgeordnete Tarasskiewicz — einen gewissen Goryn ermordet zu haben, der in diesem Prozesse als Belastungszeugen aufgetreten sollte. Goryn war Mitglied der kommunistischen Partei Westweißrusslands und früher Redakteur des „Bolszewit“. Später trat er aus der Partei aus und machte Aussagen, die die im Hromada-Prozeß Angeklagten schwer belasteten. Da Goryn in die Geheimnisse der kommunistischen Partei Westweißrusslands eingeweiht war, wurde angenommen, daß er die besten Informationen über die Hromada und die in Danzig zwischen weißrussischen Abgeordneten und hervorragenden Mitgliedern des Komintern stattgefunden konferenzierte. Die Kommunisten versuchten nun, Goryn um jeden Preis unschädlich zu machen. Das erste Attentat auf ihn wurde im Dezember 1926 verübt. Damals wurde Goryn am Arm und an Fuß verletzt. Schließlich wurde er während des Hromada-Prozesses in Wilna am 16. März 1928 durch den zur Vollstreckung des Parteiteils bestimmten Klimciewicz ermordet. Der Mörder ist weißrussischer Nationalität, polnischer Staatsangehöriger und 29 Jahre alt. Seit dem Jahre 1924, d. h. vier Jahre lang, bis zum Tage des Verbrechens war er nirgends gemeldet und hielt sich wahrscheinlich in Sowjetrußland auf. Nach Wilna kam er auf einen falschen Pas und beobachtete sein Opfer auch im Gerichtsgebäude. Am erwähnten Tage, abends um 10 Uhr, traf er sein Opfer in der Tür eines untergeordneten Restaurants und tötete es durch fünf Revolverschüsse. Er versuchte zu entfliehen, wurde jedoch festgenommen.

In der Verhandlung gab er den Mord zu, bestritt jedoch, der kommunistischen Partei angehört zu haben und behauptet, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe.

Nach der Beweisaufnahme beantragte der Prokurator für den Angeklagten die Todesstrafe. Das Urteil lautete: Wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei auf sechs Jahre Buchthalen, wegen Legitimierung mit falschen Papieren zu einem Jahre Buchthalen und wegen des Mordes auf lebenslängliche Buchthalstrafe.

Terror in Litauen.

Wie die „Danz. Ztg.“ aus Kowno erfährt, ist jetzt das Aufkommen eines gewaltigen Terrors in Litauen deutlich bemerkbar. Nach dem Komplott auf den litauischen Ministerpräsidenten Waldemaras hat der Terror beträchtlich zugenommen. In den letzten sechs Wochen sind nicht weniger als fünf leitende Beamte der litauischen Polizei menschlich ermordet und nicht weniger als acht Sprengstoffattentate auf Polizeistationen verübt worden.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß die Anschläge in den Ortschaften, die sich in unmittelbarer Nähe der polnisch-litauischen Grenze befinden, verübt wurden. Um die Angriffe wirksam zu bekämpfen, hat die litauische Regierung eine Verordnung erlassen, wonach völlige Nachtsperrre an der Demarkationslinie verhängt wird. Auf einem Umkreis von sechs Kilometern längs der litauisch-polnischen Grenze ist die Bewegung von zehn Uhr abends bis drei Uhr morgens vollständig verboten.

Kulturlamps in Samiland.

54 Muselmanen vor dem Sowjetgericht.

Riga, 13. Juni. Vor dem Sowjetgericht in Samiland findet gegenwärtig ein Prozeß gegen 54 muselmanische Führer statt, die unter der Auflage stehen, einen antisowjetischen Aufstand organisiert und einige Vertreter der Sowjetbehörden ermordet zu haben. Nach dem Auflagerat hatte die Sowjetregierung nach Schahimardon den Kommunisten Chakin-Bade entlassen, der dort eine antireligiöse Aktion gegen die muselmanische Bevölkerung zu bekämpfen, hat die litauische Regierung eine Verordnung erlassen, wonach völlige Nachtsperrre an der Demarkationslinie verhängt wird. Auf einem Umkreis von sechs Kilometern längs der litauisch-polnischen Grenze ist die Bewegung von zehn Uhr abends bis drei Uhr morgens vollständig verboten. Die Abteilungen der GPU (Tscha) könnten nicht intervenieren, da sie von der wütenden Menge entwaffnet worden waren. Sämtlichen Angeklagten droht die Todesstrafe. Um Unruhen vorzubeugen, haben die Sowjetbehörden größere Truppenabteilungen in Samiland zusammengezogen.

Aufstand in Persien.

London, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach aus Teheran eingegangenen Meldungen nimmt der Aufstand gegen die persische Regierung einen immer größeren Umfang an. Die Zahl der Aufständischen, die bereits in zwei Städten Herren der Lage sind, hat 10000 überschritten. Als Ursache des Aufstandes wird die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik des Schahs von Persien, sowie mit der Einführung europäischer Kleidung in Persien angegeben.

Neue Ozeanläge.

New York, 13. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern sind zum Transozeanflug nach Europa zwei Aeroplane gestartet, und zwar der „Grüne Vogel“, der von amerikanischen Fliegern geführt wird, und der „Goldene Vogel“ mit französischen Fliegern. Die Meldungen über die atmosphärischen Bedingungen lauten sehr günstig.

Bromberg, Freitag den 14. Juni 1929.

Pommerellen.

13. Juni.

Graudenz (Grudziądz).

Ein Sanitätsstation richtet die Krankenkasse des Landkreises Graudenz im Dorfe Gruta, Kreis Graudenz ein. Entsprechende Räumlichkeiten sind bereits einer Ausstandserziehung unterzogen worden, so daß die Eröffnung der Station in kürzester Zeit erfolgen wird. *

* Vertragsabschluß zwischen Stadtkrankenkasse und Ärzten. Vor einigen Tagen wurde endlich der Vertrag zwischen dem Ärzteverband Westpolens, Bezirk Graudenz-Schlesien, und der Krankenkasse der Stadt Graudenz betreffs der Behandlung der Kassenpatienten durch die Arzteschaft unterzeichnet, und zwar für die Dauer von zwei Jahren. Bekanntlich haben die Ärzte auch bisher schon die Kassenmitglieder behandelt, eine schriftliche Festlegung der Bedingungen dieser Praxis ist aber erst jetzt durch den tatsächlichen Vertragsabschluß erfolgt. *

* Bulgarischer Besuch. Vertreter der Bulgarischen Landwirtschaftsbank in Sofia weilen zurzeit in Graudenz. Der Zweck ihrer Anwesenheit besteht darin, mit einer hiesigen Fabrik in Sachen der Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen für die bulgarische Regierung zu verhandeln. *

* Vom Bischofsbesuch. Dienstag vormittag 9 Uhr fand in der Pfarrkirche ein Hochamt statt. Die Messe zelebrierte Prälat Dembel, worauf der Bischof die stille Gebete verrichtete. Daran schloß sich die Erteilung des Sakraments der Firmung an Erwachsene und Schüler. Um 4 Uhr stattete der Bischof der Klinik der Krankenkasse in der Gartenstraße, wo er u. a. fünf Kranken die Firmung erteilte, und sodann dem städtischen Krankenhaus einen Besuch ab. Um 6 Uhr begab sich der Kirchenfürst zur Heiligen Geist-Kirche, an deren Portal er von dem Vorsteher der Ortsgruppe Graudenz des Verbandes der deutschen Katholiken mit einer Ansprache begrüßt wurde. Ein kleines Mädchen überreichte ihm einen Blumenstrauß. Im Gotteshause fand sodann eine Segensandacht statt, nach welcher der Bischof an die äußerst zahlreich versammelten deutschen Gläubigen in ihrer Muttersprache eine Ansprache richtete. Er mahnte zur Liebe zu Gott und untereinander, ohne Ansehung von Konfession oder Nation, in brüderlicher Einigkeit. Zum Schluß erteilte er der Gemeinde den bischöflichen Segen. Um 7 Uhr fand im "Königl. Hof" ein von Prälat Dembel zu Ehren des Gastes gegebenes Essen, um 9 Uhr im "Bazar" ein Raut statt. *

* Öffentliche Ausschreibung. Die Garnison-Gepflegungskommission in Graudenz schreibt die Lieferung von Rindfleisch und gesalzenem Speck von Inlandsschweinen für die Formationen der Garnison Graudenz sowie der in Gruppe (Grupa) konzentrierten Abteilungen für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. aus. Die tägliche Lieferung beträgt 2080 Kilo Fleisch und 500 Kilo Speck. Offerten sind bis zum 24. Juni, 10 Uhr, der Quartiermeisterstrei des 65 Inf.-Regts. einzustellen. In den Bewerbungen ist der Preis für ein Kilo Rindfleisch und ein Kilo Speck anzugeben. Die für die Lieferung gültigen Militär-Vorschriften sind in der genannten Quartiermeisterstrei einzusehen. Es kommen auch Angebote für Teillieferungen in Betracht. *

* Ein Zusammenstoß zwischen Motorrad und Wagen trug sich am letzten Sonnabend auf der Chaussee zwischen Schlesien und Graudenz zu. Dort bemerkte ein Mitglied des Warschauer Motorradfahrer-Clubs, das an der auf der Landesausstellung in Posen veranstalteten Sternfahrt teilnahm, ein in geringer Entfernung vor ihm dahinrollendes Fahrwerk. Im letzten Augenblick fuhr der Wagen zur Seite und verlegte dem Motorradfahrer den Weg, so daß, zumal bei der bedeutenden Schnelligkeit der Fahrt, eine Kollision unvermeidlich war. Bei dem Zusammenprall trug der Motorradfahrer erhebliche Kopfverletzungen davon, während die Maschine stark beschädigt wurde. Ungeachtet seiner Verletzungen war der Radler noch in stande, sein Rad auszubessern und in der Richtung Graudenz weiterzufahren. Bald jedoch nach Wiederaufnahme der Weiterfahrt verlor er die Sicht, so daß er stürzte und sich erneut Verletzungen zuzog. In bedenklichem Zustand brachte man den Verunglückten nach Graudenz, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. *

* Tod durch Blitzschlag. Während des am Dienstag mittag über Turznik, Kreis Graudenz, und Umgegend sich entladenden Gewitters wurde die 20jährige Tochter des Ansiedlers Biemeran vom Blitz getroffen. Der aus Graudenz hinzugerufene Arzt vermochte nur noch den inszwischen bereits eingetretenen Tod festzustellen. *

Thorn (Toruń).

* Das Anwachsen des Weichsel-Wasserspiegels hält weiterhin an. In den letzten 24 Stunden stieg das Wasser um 56 Zentimeter auf 2.06 Meter über Normal am Morgen des Mittwoch. Aus Warschau wurden Mittwoch früh 2.34 Meter gemeldet, sodaß mit weiterem, wenn auch nur geringem Anwachsen zu rechnen ist. Der Badstrand bei Wieśka ist wieder eröffnet, erfreut sich wegen der kalten Wassertemperatur von nur 16 Grad jedoch noch keines lebhaften Betriebes. *

* Holzverkauf. Der Magistrat Thorn will 7000 Stück Grubenholzer (Riegel und Stempel) in der Länge von etwa 3 Metern und in der Stärke bis 18 Zentimeter, 10.000 Quadratmeter Schalbretter von 23 Millimeter Stärke und 300 Kubikmeter Brennholz in der Länge bis zu 3 Metern (Abfälle vom Woiwodschaftsneubau) öffentlich verkaufen. Das Holz kann auf dem städtischen Lagerplatz am Wollmarkt (Rynek Wielki) besichtigt werden. Schriftliche Offerten sind bis zum 25. Juni, nachmittags 1 Uhr, beim Magistrat einzureichen. *

* Auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung sucht die Landesstaroste (Starostwo Krajowe Pomorskie) in Thorn, Brückenstraße (ul. Mostowa) 13, das Brennmaterial für die Hauptverwaltung und die ihr unterstellten Betriebe für das Jahr 1929/30 zu kaufen. Lieferungsbedingungen sowie nähere Informationen erhalten Interessenten im Bauamt der Landesstaroste, Zimmer 14. Offerten sind bis zum 26. Juni, mittags 12 Uhr, an die Abteilung (Wydział) I, einzureichen. Ihre Eröffnung erfolgt an demselben Tage um 1 Uhr nachmittags. Den Offerten ist eine Quittung der Kassakasse der Landesstaroste über ein eingezahltes Badium in Höhe von 5 Prozent der veranschlagten Summe (in Bar oder staatlichen Wertpapieren) beizufügen. Die Landesstaroste behält sich freie Wahl unter den eingegangenen Offerten und auch Vergabe von Teillieferungen vor. *

* Die Unfälle, die Bürgersteige anstatt der Fahrdämme zum Radeln zu benutzen, hat wieder zu einem Unfall geführt. Dienstag vormittag wurden in der Gerechtsstraße (ul. Chrobrego) auf dem Fußsteig unweit der Zentralmolkerei zwei kleine Mädchen von einem dieser wilden Radfahrer angefahren und verletzt. Beide zogen sich

eine Hautabschürfung zu, jedoch hätten die Folgen leicht schlimmer sein können. Der schuldige Radler entkam leider unbefangen. — Ebenso ist beobachtet worden, daß Militärsoldaten die Bürgersteige sogar zu Pferde passieren, sodass die Fußgänger gezwungen sind, auf den Fahrdamm auszuweichen. Sehr häufig kommt es vor, daß in der Königstraße (ul. Sobieskiego), sogar Offiziere auf den erdgehüteten Bürgersteigen reiten, und daß das neben einem Teil der Straße belegene Getreidesfeld gleichfalls von Militärsoldaten zum Reiten benutzt wird. Hier müssen die Fußgänger ein wachsame Auge haben, damit dieser Unsitte ein für allemal gestoppt wird. *

t. Das erste Opfer der Gasvergiftung, die sich am 2. d. M. drei Personen im benachbarten Podgorz zugesogen, ist jetzt endlich bekanntgeworden. Es ist die aus Jamielniuk stammende, zuletzt in Strasburg (Brodnicza) bei dem dortigen Tierarzt angestellt gewesene 18jährige Urszula Garnecka. Man hofft, nun mehr auch die Persönlichkeit der zweiten Verstorbenen feststellen zu können. *

t. Die Einwohnerzahl der Stadt Thorn betrug am 1. 4. dieses Jahres 53 341, darunter nach amtlicher Statistik 2623 Deutsche und 543 Juden. Zu Beginn des laufenden Jahres waren die entsprechenden Zahlen 52 681, 2017 und 525. *

* Diebstahl. Gestern wurden dem in der Culmerstraße (ul. Chełmińska) 24, wohnhaften Franziskaner (ul. Bydgoska) Nr. 60, beziffert seinen Verlust auf 200 Zloty. Der "Marder" konnte entkommen. *

* Die Chronik der Fahrraddiebstähle wurde um einen neuen Fall bereichert. Der Geschädigte, Lieutenant Stanisław Krzyżowski aus der Brombergerstraße (ul. Bydgoska) Nr. 60, beziffert seinen Verlust auf 200 Zloty. Der "Marder" konnte entkommen. *

* Polizeistatistik. Im ersten Vierteljahr 1929 wurden folgende Überstrebungen und Vergehen festgestellt: Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt 1, Störung der öffentlichen Ruhe 31, Bagabündner und Bettelreihe 81, Trunkenheit 77, Selbstmord 8, Urfundenfälschung 2, Raubüberfall 1, Körperverletzung 23, Abtreibung 1, Eisenbahndiebstahl 2, Einbruchsdiebstahl 64, gewöhnliche Diebstähle 44, Taschendiebstähle 59, Betrug 31, Unterschlagung 21, Gehlerte 9 und andere Vergehen 64 mal. — Während beide Eisenbahndiebstähle ihre Aufklärung fanden, konnten jedoch nur 11 Einbrüche, 6 gewöhnliche und 9 Taschendiebstähle endgültig aufgeklärt und deren Täter festgenommen werden. — An Polizeiinfrauen wurden in demselben Zeitraum verhängt: 9 wegen Fahrreis ohne Beleuchtung, 9 wegen Fahrreis auf Bürgersteigen, 11 wegen zu schnellen Fahrreis, 24 wegen Strafenverunreinigung, 21 wegen Unordnung, 25 wegen anderer Automobilistenvergehen, 98 wegen Meldervergehen, 14 wegen Nichtinnsatzhaltung der Polizeistunde, 5 wegen Nichtbeleuchtung von Hausschlüren, 192 wegen Verspätung in den männlichen und 44 wegen Verspätung in den weiblichen Fortbildungsschulen und 195 wegen verschiedener anderer Übertretungen. *

* Besitzagnahmt wurde von der Polizei ein falsches Zweizlotystück, um es aus dem Verkehr zu ziehen und um Nachforschungen nach seiner Herkunft anstellen zu können. *

* Festgenommen wurden laut Polizeibericht vom 12. Juni je eine Person wegen Diebstahls, wegen Serumtreibens und wegen Entziehung von der ärztlichen Kontrolle. — Wegen Verstoßes gegen Polizeiverordnungen wurden vier Protokolle aufgenommen. *

* Gosslerhausen (Zablonowo), 12. Juni. Der alljährliche Pferde- und Viehmarkt auf Schloss Zablonowo findet am Dienstag, 18. Juni, statt.

* Konitz (Chojnice), 12. Juni. Vor Gericht hatten sich die beiden kürzlich aus dem Bremerhäuschen eines Transportzuges herausgeholt Fleischer Ignaz Ticha und Erwin Finger, beide aus Stargard, zu verantworten. Sie wurden wegen verdeckter Grenzüberschreitung zu je 1 Woche Gefängnis und Dragung der Kosten verurteilt. — Die Arbeiter Jan Leyner und Jan Drönki, beide aus Windorf, Kreis Konitz, hatten sich zu verantworten, da sie in der Obersförsterei Przymuszewo zwei Fichten geholt haben sollen. Das Gericht verurteilte Drönki zu 75 Zloty Geldstrafe oder für je 15 Zloty 1 Tag Gefängnis und Dragung der Kosten. — Die Arbeiter Kulas, Stoltmann, Polozynski und die Frauen Borkowska und Myśkiewicz, sämtlich aus Stolpmünde, Kreis Konitz, waren angeklagt, weil sie sich weigerten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Da die Schule in Stolpmünde ausgelöscht worden war, sollten die Kinder die Schule in Lubin besuchen und dazu täglich 3,8 Kilometer Weg zurücklegen. Die Eltern weigerten sich, die Kinder in diese Schule zu schicken. Das Gericht verurteilte den ersten, zweiten und vierten Angeklagten zu je 20 Zloty, den dritten und fünften zu je 20 Zloty Geldstrafe und Dragung der Kosten oder für je 10 Zloty 1 Tag Gefängnis.

* Neuenburg (Nowe), 12. Juni. Der letzte Wochenmarkt begann früh bei schönem Wetter, ging jedoch schnell zu Ende und brachte nur wenig Butter zum Preise von

Radiobesitzer.

finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in der Zeitschrift "Die Sendung" und "Die deutsche Welle". Jede Nummer 80 Gr. Zu finden bei O. Bernick, Buchh., Bydgoszcz, Dworcowa 3. (8152)

2,50 je Pfund. Hier kosteten 2,00—2,20 die Mandeln. Reichlich angebotene Kartoffeln brachten 3,50—5,00 der Bentner je nach Größe zu haben. Frisches Gemüse in schöner Auswahl preiste: Spinat 0,30, Rhabarber 0,25—0,30, Suppenpüppel 0,80, Stangenpüppel 1,20 je Pfund, Blumenkohl 0,50 bis 2,00, Salat Kopf 0,10—0,20, Radieschen 0,10, Birsche 1,50—1,80, Schleie 1,80—2,00, Aale 1,20—2,00 je Pfund. Holz wurde in gewohnter Weise mit 10—12 Zloty je Wagen voll angeboten. Zurzeit kostet hier ein Liter Milch 32 Gr.

W Soldau (Działdowo), 12. Juni. Der hier selbst gestern stattgefundenen Vieh-, Pferde- und Krammarkt war bei dem schönen Wetter gut besucht. Der Auftrieb von Vieh und Pferden war zwar nicht zu groß, trotzdem wurde recht flott gehandelt. Es wurden für erste Sorte Milchkühe 450—500 Zloty, zweite Sorte 350—440 Zloty, dritte Sorte 280—340 Zloty und vierter Sorte 220—275 Zloty gezahlt. Tragende Färden brachten 250—300 Zloty, einjährige Tiere 150—200 Zloty. Für Fettvieh wurde ein Bentner Lebendgewicht mit 48—68 Zloty je nach Qualität bezahlt. Der Auftrieb von Pferden war mittelmäßig; es wurden zwar hohe Preise verlangt, jedoch nicht gezahlt. Der Umsatz war gering. Auf dem Krammarkt herrschte reges Leben. Leider trat auch die Diebstahlswelt wieder in Tätigkeit. So wurden den Dworalschen Händlern aus Groß-Tauerice (Duża Turza) hiesigen Kreises 300 Zloty gestohlen, die sie für eine Kuh erhalten hatten. Dem Besitzer kuh'n'a aus Starpian wurden aus der Tasche 650 Zloty gestohlen. Einer Frau Nojek aus Klein-Venje (Mały Leć) wurde eine Jacke, die sie auf dem Arm trug, im Gedränge entwendet. In allen drei Fällen konnten die Diebe nicht ermittelt werden. *

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warszau (Warszawa), 12. Juni. Baukatastrophen. In der Siedlungskolonie Staszic bei Warschau ereignete sich eine Baukatastrophe. An dem fast fertiggestellten Neubau einer Künstler-Kooperative waren zwei Kanalisationarbeiter beschäftigt, um unter dem Kellerraum einen Graben auszuheben. Der Boden des Kellers war nur provisorisch aus dünnen Brettern, auf denen einige Wagen last lagen. Als sich die Arbeiter unter dem Kellerraum befanden, entlud sich ein schweres Gewitter und der Blitz schlug ein. Durch die Erfüllung stürzte der Kellerboden ein und die beiden Arbeiter wurden von den Kalkmassen verdeckt. Der alarmierten Feuerwehr gelang es, einen der Arbeiter schwer verletzt zu bergen, während der zweite erst nach zwei Stunden als Leiche hervorgeholt werden konnte.

* Lublin, 11. Juni. Schwere Autounfälle. Ein Lastauto, das dem 9. Infanterieregiment der Legionäre gehört und von einem Soldaten geführt wurde, stieß auf der Chaussee Klemensow-Zamość. Wojewodschaft Lublin, infolge Defekts am Steuerrad auf eine Telegraphenstange, so daß die Passagiere auf die Landstraße geschleudert wurden. Die Folgen waren schrecklich: Die Gattin des Hauptmanns des 3. Infanterieregiments Smolka war auf der Stelle tot. Fünf weitere Personen, Offiziere und ihre Frauen, wurden schwer verletzt. Die Gattin des Hauptmanns Kołocki ist bald darauf gestorben.

Freie Stadt Danzig.

* Gesetzter Mörder. Der 26jährige Arbeiter Lehmann, der, wie wir berichteten, am Freitag nachmittag auf dem Felde zwischen Kl. Trampken und Kładan den Landarbeiter Grzibowski erstickte, ist verhaftet und inzwischen in das Danziger Gefängnis eingeliefert worden. Der Täter hat noch kein Geständnis abgelegt, so daß die Motive der Bluttat noch unaufgeklärt sind.

* Einen Selbstmordversuch unternahm am Freitag abend im Hotel "Continental" der 29 Jahre alte Kaufmann Hofer aus München, indem er Luminal-Tabletten zu sich nahm. Der Lebensmüde muß eine starke Dosis verwendet haben, denn er befindet sich jetzt noch ohne Bewußtsein. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

* Verweisungstat einer Mutter. Als am Dienstag gegen 18½ Uhr ein Arbeiter in seine Wohnung im Hause Gr. Schwabengasse 32 zurückkehrte, bemerkte er einen starken Gasgeruch. Zu seinem Schrecken stellte er fest, daß seine Ehefrau den Gas hahn geöffnet hatte, um sich und ihre vier Kinder, von denen das jüngste ein Jahr und das älteste acht Jahre ist, zu vergiften. Da anscheinend der Gas hahn erst kurze Zeit vor der Rückkehr des Arbeiters geöffnet war, so war die Einwirkung der Gase noch nicht

Graudenz.

Kirch. Nachrichten.

Sonntag, den 16. Juni 29.

(3. n. Trinitatis).

Stadtmission Graudenz, Ogrodowa Nr. 9.

Borm. 9 Uhr Morgenandacht.

Nachm. 1/2 Uhr Jugendgemeinde.

Nachm. 6 Uhr Gottesdienst.

Radzyn (Rehden).

Borm. 10 Uhr Gottesdienst.

Unterredung mit der Dorfkirche.

Kinderpredigt.

Nachm. 12 Uhr Kinderpredigt.

Dragacz. Na am. 4 Uhr Predigt.

Nachm. 3 Uhr Jungmädchen-Versammlung.

Nachm. 5 Uhr Jungmänner-Versammlung.

Moszna. Borm. 10 Uhr Gottesdienst.

Unterredung mit dem Dorfältesten.

Nachm. 12 Uhr Kinderpredigt.

Dragacz. Na am. 4 Uhr Predigt.

Nachm. 3 Uhr Jungmädchen-Versammlung.

Nachm. 5 Uhr Jungmänner-Versammlung.

Nachm. 7 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 9 Uhr Gottesdienst.

Nachm. 12 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 1 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 3 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 5 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 7 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 9 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 11 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 1 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 3 Uhr Kinderpredigt.

Nachm. 5 Uhr Kinderpred

allzu stark und den Kindern nichts weiter geschehen. Da die Frau aber noch so betrunken hatte, so war ihr Zustand doch so bedenklich, daß sie in das Marienkrankenhaus eingeliefert werden mußte. Ihr Zustand ist ernst, Lebensgefahr soll jedoch nicht bestehen. Der Mann begab sich zum nächsten Polizeirevier und machte von der verzweifelten Tat seiner Frau Mitteilung. Auf die Frage nach dem Grund der Tat gab er an, daß eine schlechte Wirtschaftslage und zerrüttete Familienverhältnisse das Motiv gewesen sein können.

* Der Einbruch am Dominikswall vor Gericht. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde in der Nacht zum 8. März d. J. in die Bureauräume des Kaufmanns Zygmund Szapira, Dominikswall 4—5, ein Einbruch verübt. Die Täter wurden jedoch überrascht. Der Haupttäter, der Arbeiter Erich Döbelt, konnte von dem alarmierten Überfallkommando gestellt werden, machte dann aber bei der Verhaftung einen Fluchtversuch, worauf er, da er trotz wiederholten Aufrufen eines Schupubaamten die Flucht fortsetzte, von diesem erschossen wurde. D. war ein schwer vorbestrafter, der Polizei wohlbekannter Einbrecher. Der Mittäterschaft verdächtig war der vielsach vorbestrafe Schlosser Otto Reiß, der deshalb nun vor Gericht stand. Zugleich mit ihm war der Schlosser Franz Kehler angeklagt, der sich wegen Hehlerei zu verantworten hatte. Der Angeklagte Reiß behauptete, mit dem Einbruch nichts zu tun gehabt zu haben und sein Alibi nachweisen zu können. Tatsächlich befandet ein als Zeugin geladenes Mädchen, daß es an jenem Abend mit Reiß in einem Kino und danach bei sich zu Hause gewesen sei. Infolgedessen erkannte das Gericht auf Freispruch. Auch Kehler wurde freigesprochen, da er die gestohlenen Sachen, die er von R. gekauft haben wollte, sofort der Kriminalpolizei zur Verfügung stellte.

* Selbstmord. Im Walde zwischen Lissau und Schwintz wurde am Dienstag eine männliche Leiche aufgefunden. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den 25 Jahre alten Arbeiter Friedrich Wilhelm Richter aus Schwintz-Hinterfeld, der seit dem 13. April vermisst wurde. An jenem Tage hatte er mit seinem Vater eine kleine Ausinandersetzung gehabt, was er, da er ein zornföhrender und nervöser Mensch war, sich zu Herzen nahm, daß er mit seinem Fahrrad in den Wald fuhr und sich dort mit einem Tsching eine Kugel in den Kopf jagte. R. soll arbeitslos gewesen sein.

Zusammenschluß der polnischen Agrarparteien.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, den 12. Juni.

Bereits seit einigen Wochen führten Vertreter der polnischen Bauernparteien: "Piast", "Wyzwolenie" und der "Bauernpartei" Vorverhandlungen über einen Zusammenschluß zu einer einzigen polnischen Bauernpartei. Diese Vorverhandlungen, die in politischen Kreisen vielfach als praktisch bedeutungslos angesehen wurden, scheinen doch zu irgendwelchen bestimmt Ergebnissen geführt zu haben. Die Skeptiker haben die Möglichkeiten, die jetzt für einen Zusammenschluß der drei Bauernparteien bestehen, vielleicht zu sehr unterschätzt. Gewichtige Voraussetzungen für einen Zusammenschluß sind aber vorhanden. Abgesehen von der Gemeinsamkeit der bürgerlichen Interessen in der Agrarreformfrage, in Steuerfragen und dergl. bildet die Opposition gegen das jetzige Regime, zumal die Übereinstimmung in der Richtung dieser Opposition ein die Vereinigung förderndes Hauptmoment.

Der "Piast" ist zwar eine Mittelpartei, hat aber politisch von Haus aus eine mehr nach der gemäßigten Linken hin gerichtete Orientierung, die zum Schaden der Partei von deren allzu opportunistischen Führern gewaltsam umgekippt wurde. Der "Piast" muß auf dem Boden der parlamentarisch-demokratischen Versetzung stehen, und seine Existenz als politische Partei ist notwendig an eine demokratische Wahlordnung gebunden. Infolgedessen ist die Opposition des "Piast" gegen das jetzige Regime prinzipieller Natur und richtet sich weniger gegen die Personen, die das System tragen, als gegen das System selbst. Die Haltung der Piastpartei diesen Personen gegenüber ist nicht so sehr von leidenschaftlicher Gehässigkeit belastet, wie die der Nationaldemokraten. Die Nationaldemokratie dagegen ist eine ausgesprochene Reaktionspartei, die aus ihren antidemokratischen Tendenzen nicht einmal Scheitern und der der Parlamentarismus und die Kontrolle der Executive durch das Parlament nur solange steht, als sie keine Möglichkeit für sich selbst sieht, die Executive in die Hand zu bekommen. Wenn dies der Fall wäre, würde sie ungekümmt ihr Programm revidieren, die parlamentarischen Postulate über Bord werfen und — da sie sich für identisch mit der polnischen Nation hält —, eine hyperfascistische Staatsfassung als Ausdruck des Nationalwillens der gesamten Staatsbevölkerung mit allen Gewaltmitteln aufzutragen. Der "Piast" ist zu realistisch, um sich in den Bann einer solchen Mentalität zu begeben, wiewohl er sich mit der Endesia im Nationalismus und in der polnischen Ausprägung des Klerikalismus sehr oft zusammenfindet.

Hier liegt auch eine der wesentlichen Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen, wenn die beiden radikalen Bauernparteien mit dem "Piast" zu einer Parteieinhheit verschmelzen sollen. Der "Piast" ist vielleicht nicht aggressiv klerikal, aber entschieden aggressiv nationalistisch. Überall, wo es sich um die Bewußtung von Gelegenheiten zur Unterdrückung der nationalen Minderheiten handelt, ist die Piastpartei mit ganzem Herzen dabei. Die beiden radikalen Bauernparteien aber müssen ihrem Programm gemäß, einzigstens theoretisch, gegenüber den nationalen Minderheiten eine tolerante Haltung einzunehmen. Aber solche "Kleinigkeiten" wie die praktische Verleugnung einer schönen Theorie in der Nationalitätenpolitik sind keine Knüppel, über die man hierzu Landen stolpern könnte. Sie werden die Fusion nicht im geringsten aufhalten.

Dagegen dürfte der kulturelle Radikalismus, das antiklerikale Freidenken des führenden Elements in den beiden radikalen Bauernparteien für den "Piast" ein Stein des Anstoßes sein. Die Piastführer sind zwar persönlich zunächst religiös indifferent, sie halten aber ein gutes Einvernehmen der Partei mit den katholischen Kirchenbehörden für ein grundsätzliches politisches Erfordernis. Der "Piast" hat auch unter der niederen Geistlichkeit viele Anhänger, die es als zu starke Zumutung empfinden müßten, sich mit Befürwortern der Trennung von Kirche und Staat durch die Zusammengehörigkeit zu derselben politischen Partei verbünden zu sehen. Ein Zusammenschluß der drei Bauernparteien ist — wie man sieht — also nur dann möglich, wenn beiderseits sowohl seitens der Radikalen als auch seitens des "Piast" dem Prinzip der Bauernsolidarität sehr wichtige programmatische Opfer dargebracht werden. In dem Augenblick aber, in dem der Zusammenschluß erfolgt sei und eine einzige große Bauernpartei in die politische Arena treten würde, müßte die innerpolitische Lage in Polen eine tiefgehende Veränderung erfahren. Es bedurfte seitens einer großen aufrichtig demokratischen Bauernpartei keines

besonders verschlagenen Machiavellismus, um einen Fall des Bölschens zu verursachen. Und dann könnte die neue große Bauernpartei sich an die Aufgabe wagen, eine feste parlamentarische Mehrheit zu organisieren....

Nationaldemokratische Kritik am letzten Piłsudski-Brief.

Zu dem Schreiben Piłsudskis an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof nimmt der "Kurier Poznański" folgende Stellung ein:

Minister Piłsudski nimmt die volle Verantwortung für das Verhalten des Finanzministers Czochowicz auf sich. Nun, wem die tatsächlichen Verhältnisse, die zurzeit bestehen, befanden sind, der hat nicht einen Augenblick angenommen, daß Herr Czochowicz das Budget um 563 Millionen auf eigene Faust überdriften hat. Herr Czochowicz selbst hat in seiner Verteidigungsrede vor der Budgetkommission erklärt, daß er dem Marschall Piłsudski eine Absage nicht erteilen konnte. Aber in dieser ganzen Angelegenheit handelt es sich nicht darum, wer disponierte hat, sondern darum, weshalb der Finanzminister den mit dem Gesetz unvereinbaren Aufträgen stattgegeben hat. Das Finanzgesetz macht den Finanzminister tatsächlich zum Wächter der Staatskasse. Nur mit seiner Genehmigung erfolgen sämtliche Ausgaben. Handelt es sich aber um Ausgaben, die im Budget nicht vorgesehen sind, so bestimmt das Gesetz ausdrücklich, daß sie nur auf Antrag des Finanzministers, der von den gesetzgebenden Körperschaften bestätigt worden ist, erfolgen können. Wenn es nun weder einen Antrag des Ministers, noch Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften gegeben hat, so konnte auch keine Auszahlung erfolgen. Erstellt sie aber trotzdem, so ist in erster Linie der Finanzminister verantwortlich, ohne Rücksicht darauf, ob er das im Auftrage des Premierministers oder aus anderen Gründen getan hat. Ein Befehl des Chefs der Regierung befreit den Minister nicht von der Verantwortung. Wenn er eine Kollision zwischen dem Gesetz und einem solchen Befehl hat, so gab es daraus jederzeit einen Ausweg durch Niederlegung des Amtes. Zur Rechtfertigung der Budgetüberschreitungen und ihrer Nichtvorlegung im Sejm, trotz des Antrages der Herren Bartel und Czochowicz, wird die Unwürdigkeit des früheren und des jetzigen Sejm angegeben. Es besteht hier ein charakteristischer Widerspruch mit der feierlichen Erklärung des Herrn Bartel, die er von der Sejmtribüne aus gegeben hat, daß der Antrag bezüglich der Nachtragskredite später dem Sejm vorgelegt werden würde und zwar nach Abschluß der Rechnungen. Aus dem Brief des Herrn Piłsudski ergibt sich, daß er überhaupt nicht wünschte, daß diese Fragen dem Sejm vorgelegt würden, und daraus ergibt sich wiederum, daß Herr Bartel leider vor dem Sejm den tatsächlichen Stand der Dinge verheimlicht hat.

Vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet hat das Schreiben des Herrn Piłsudski für die Angelegenheit Czochowicz keine wesentliche Bedeutung. Unsere Gesetzesgebung kennt keine Vertretung für den Schuldigen. Vermöglich gibt es irgendwo eine solche Rechtsbestimmung, aber in China, wo man selbst für die Todesstrafe einen Verreiter finden kann, und das dortige Recht ist damit einverstanden. Das unsere nicht. Dagegen darf das Schreiben Piłsudskis nicht ohne politische Konsequenzen bleiben. Auf die Tatsache, daß aus diesen oder anderen Gründen die bestehenden Gesetze nicht anerkannt werden, muß der Sejm eine Antwort erläutern. Er muß dies tun, auch wenn dies sein Ende bedeutete. Länger darf man es den Linksparteien nicht gestatten, zu lavieren."

Man darf es nicht gestatten? Aber man wird es tun müssen. Oder glaubt der "Kurier Poznański" im Ernst, daß der Sejm, daß auch nur die Nationaldemokraten ein parlamentarisches Paratari machen werden, ohne damit an den gegenwärtigen Machtverhältnissen irgend etwas ändern zu können? So wie die Dinge heute liegen, ist nicht etwa der Sejm so gnädig, weiterzuleben, sondern er preist sich gnädig, dank fremder Gnade leben zu können. Der Mächtige, der die Gnade erweist, kann "gestatten" und "politische Konsequenzen" ziehen. Der Schwache, der die Gnade genießt, ist dazu nicht in der Lage.

China lehnt die russischen Forderungen ab.

Wie aus Nanking gemeldet wird, fand dieser Tag unter dem Vorsitz von Tschaungkai-schek eine Sitzung der Nankinger Regierung statt, in welcher der Text der chinesischen Antwort auf die letzte Note der Regierung von Nanking bearbeitet wurde. Die Note wird noch in dieser Woche der Sowjetregierung zugestellt werden. Die chinesische Note lehnt die von der Sowjetunion erhobenen Forderungen ab und erklärt, daß die in Charbin verhafteten Russen nach den chinesischen Gesetzen abgeurteilt werden würden.

Bon Jolles zu Young.

Bergleichende Darstellung der beiden Tributpläne

Wie lange?	sollte zahlen nach dem Dawes-Plan:	Deutschland wird zahlen nach dem Young-Plan:	Deutschland	
			völlig unbestimmt,	37 Jahre allein aus eigener Kraft, 21 Jahre beschränkt.
Wieviel?	2,5 Milliarden pro Jahr, zusätzlich von Zahlungen nach dem Wohlstandsindex.	Durchschnitt der ersten 10 Jahre: 1900 Millionen, Durchschnitt der ersten 37 Jahre: 2.050 Millionen. Die letzten 21 Jahre Haftung für dann noch vorhandene interalliierte Schulden, soweit diese nicht von der Internationalen Bank getragen werden können. Keine Zuschläge nach Wohlstandsindex!		
Unter welchen Sicherheiten für die Gläubiger?	Verpfändet: 1. Deutsche Reichsbahn mit 11 Milliarden, 2. Deutsche Industrie mit 5 Milliarden, 3. Sämtliche Verbrauchsabgaben und Zölle. Alle Einrichtungen, dazu Reichsbank, unter internationaler Kontrolle (Reparationsagent).	Alle Kontrollen fallen fort, lediglich Reichsbahn zahlt für 37 Jahre 660 Millionen Steuer.		
Unter welchen Sicherheiten für Deutschland?	Voller Schutz gegen Währungsabwertung durch evtl. Einstellung der Übertragungen und der Zahlungen überhaupt.	660 Millionen jährlich völlig ungeschützt. Bei Zahlungen darüber hinaus evtl. Aufschub für Übertragung und begrenzt auch für Zahlung Revisionssklausel für geschützten Teil.		

Der Pharaos.

Zum Besuch Juads I. in Deutschland.

Der ägyptische König Juad I., heute 61 Jahre alt, wurde in seiner Jugend auf den Thron seiner Familie nicht vorbereitet. Dachte doch kein Mensch daran, daß der jüngste Sohn des früheren Kalifen Ismael, der noch dazu keineswegs aus einer Ehe mit einer Prinzessin stammte, einmal den ägyptischen Königsthron besteigen würde. Die wechselseitigen Schicksale der ägyptischen Könige und die einflussreichen Intrigen der europäischen Großmächte haben indes auch das nie Erwartete möglich gemacht. Als Kind noch erlebte Juad die Abdankung seines Vaters zugunsten dessen ältesten Sohnes Tewfik. Ismael, der nach Italien ins Exil reiste, nahm dahin auch seinen Sohn Juad mit und ließ ihn dort in einer Universität erziehen. Er steckte ihn in die Militärfakultät in Turin, die er nach glänzend bestandenem Examens als Lieutenant verließ. Ägypten war damals noch Vasallenstaat der Türkei und dem Sultan tributpflichtig. Dieser stand also als Gebieter Ägyptens noch über dem Khediven. Der Sultan kommandierte den jungen Lieutenant Juad als Militärtatare an die österreichische Botschaft in Wien. Dort lernte Juad die Deutschen und das Deutschum kennen und verehren. Diverse Affären, besonders die unbezwungliche Spielerei des Juads, die weit mehr Geld erforderte, als dem Attache zur Verfügung stand, kamen dem Khediven zu Ohren, weshalb ihn dieser nach der Heimat zurückberief und in die Armee einreichte. Da er sich mit seinem Neffen, Abbas II., dem Sohn und Nachfolger Tewfiks, besonders gut verstand, ernannte ihn dieser, nachdem er zur Regierung gelangt war, zu seinem Adjutanten. Bekanntlich ging Abbas, der sich gerade bei Beginn des Weltkrieges mit seinem Sohn, dem Kronprinz Abd el-Moneim, in der Türkei befand, seines Thrones verlustig, indem man ihn und seinen Sohn einfach in der Türkei festsetzte. Die Engländer besetzten nun den ägyptischen Sultansthron mit dem Prinzen Hussein, einem Stiefbruder Juads, der große Sympathien im Volk besaß. Noch während des Krieges starb Hussein und da er keinen männlichen Nachkommen besaß, — er hatte nur drei Töchter — folgte ihm sein jüngerer Bruder Juad 1917 auf dem Thron.

Die europäische Erziehung, die Juad in seiner Jugend genossen hatte, kam ihm jetzt zugute. Ägypten profitierte ebenfalls sehr davon in kultureller Beziehung. Juad sandte junge Ägypter, die besonders begabt waren, nach Europa, um sie dort studieren zu lassen. Er errichtete in Kairo selbst eine Universität, holte aus England, Frankreich und Deutschland Lehrkräfte herbei, veranstaltete Kunstbewerbe und Ausstellungen und tat jedesfalls viel zur kulturellen Entwicklung seines Landes und der Bevölkerung. Vielleicht ist gerade das der Grund, weshalb Juad bei seinem Volk eigentlich gar nicht beliebt geworden ist. Wir wissen, daß unserem vorjährigen Königsbesuch Amanullah solche Beweckungen den Thron gekostet haben. Ja, man beschuldigte Juad des Übertreibens, daß er mit den Engländern heimlich konspirierte, die ihm dafür bei Regelung seiner sehr mitgenommenen Finanzen behilflich seien. Juads größter Konkurrent und Feind, Bagdad Pascha, der vor einehalb Jahren erst gestorben ist, erfreute sich dagegen bei der ägyptischen Bevölkerung ungeheurer Beliebtheit, wahrscheinlich deshalb, weil dieser genau so wie Amanullah Gegner, Habibullah, aus dem Volke stammt. Er war früher Geltreiber gewesen.

Bei Hof führte Juad ein schwieriges und großes Zeremoniell ein. Wie er es an den europäischen Höfen in seiner Jugend gesehen hatte, so begnügte er sich nicht mehr mit den einfachen Vorrichtungen, die noch bei seinen Vorgängern üblich waren. Es besteht heute in Ägypten genau solch ein Hofzeremoniell wie zum Beispiel am englischen Hof. Juad selbst hält sich eine Leibwache von einigen hundert Sudanern, von denen jeder über zwei Meter groß sein muß. Seine Feinde sagen, daß er aus Angst vor Attentaten diese Wache halte. Fahrten durch die Stadt finden immer in geschlossenem Wagen statt. Einen Teil des Jahres residiert der König in seinem Schloß in Alexandria. Dorthin zieht dann immer auch ein großer Teil der Regierung über.

König Juads Reise nach Europa gilt in erster Linie einem Besuch in Deutschland, wo er außer Berlin auch noch andere Großstädte aufsuchen wird. Er kommt ohne Gemaßlin — seine Gattin ist eine Tochter des Volkes — mit angeblich geringem Gefolge; jedoch werden ihn auf alle Fälle hundert Männer seiner Leibwache, jene riesigen Sudaner, begleiten.

N. V.

Kleine Rundschau.

* Einsturz einer Main-Brücke. Klingenberga. Main, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag nachmittag gegen 15.20 Uhr stürzte der zweite Bogen der Klingenberger Main-Brücke bei Verlegung eines Rammergerüstes ein. Von den bei den Arbeiten beschäftigten Personen erlitt ein Zimmermann den Tod, während ein Arbeiter schwer und vier leicht verletzt wurden.

* Drei Tote bei einem Schiffszusammenstoß auf der Elbe. Wie aus Meißen gemeldet wird, übertraute das Motorschiff "Pirna" unterhalb der Meißner Eisenbahnbrücke das Fahrboot "Forelle". Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, wurden sechs Personen gerettet. Nach Aussage einer der Geretteten sollen sich in dem verunglückten Fahrboot acht Personen befunden haben. Die genaue Zahl der Verunglückten steht noch nicht fest. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung durch die Strompolizei. Eine von den beim Fahrbootunglück unterhalb von Meißen geretteten Personen ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Die Suche nach den beiden übrigen Vermissten hat bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Es ist anzunehmen, daß sie ertrunken sind.

* Miss Austria Schönheitskönigin der Welt. New York, 12. Juni. Bei dem internationalen Schönheitswettbewerb in Galveston (USA) wurde die Vertreterin Österreichs, Lisi Goldarbeiter, zur Schönheitskönigin der Welt gewählt. Sie erhält einen Preis von 2000 Dollar und eine Silberplatte.

* Die wertvollsten deutschen Bücher der Lebzeit. Das Preisausschreiben der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, bei dem die neueren Werke zu nennen waren, die die Einzeleren für wert hielten, dem Gedächtnis des Volkes erhalten zu bleiben, brachte 296 Antworten mit 936 Buchtiteln. Weitaus am öftesten kam Hans Grimm's "Volk ohne Raum" vor, das 88 Einsender anführten. Dann folgten Neumannes "Im Westen nichts Neues", das 31mal, Alfred Neumannes "Der Teufel" und Wassermann's "Der Fall Maurizius", die 23mal genannt wurden. Arnold Zweigs "Der Streit um den Sergeant Grischa" und Kolbenheuers "Paracelsus" bekamen 21, Carossa's "Verwandlungen einer Jugend" und Friedrich Grieses "Winter" 19, Ludwig Renns "Krieg" und Rudolf G. Bindings "Erlebtes Leben" 16 Stimmen.

* Eine polnische Literaturakademie gefordert. In Polen fand eine Tagung der polnischen Schriftsteller- und Dichtervereinigungen statt, in deren Verlauf u. a. einstimmig beschlossen wurde, die Gründung einer Literaturakademie zu beantragen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Über die Tätigkeit der ausländischen Banken in Polen,

zu denen die Disconto-Gesellschaft in Berlin mit Filialen in Posen und Kattowitz, die Danziger Privat-Aktien-Bank in Danzig mit Filialen in Posen, Graudenz, Stargard und Dirschau, die Darmstädter und Nationalbank in Berlin mit Filiale in Kattowitz, die Deutsche Bank in Berlin mit Filiale in Kattowitz, die Dresden Bank in Dresden mit Filialen in Tarnowice, Kattowitz und Königsberg sowie die Banque Franco-Polonaise in Paris mit Filialen in Warschau, Kattowitz und Lódz gehörten, veröffentlicht das Warschauer Statistische Amt soeben die Daten für den 31. März d. J., denen wir die Ziffern für die Vergleichszeiten 1928 und gegenüberstellen:

	Aktiva (in 1000 złoty)	Passiva (in 1000 złoty)
Kasse u. verfügbare Summen	31. 3. 29 2.991	31. 3. 28 4.106
Wechselportefeuille	51.842	56.379
Termindarlehen	8.728	1.076
Öffentliche Kredite:	46.122	33.474
gesichert	80.044	52.726
Ausländische Banken:		
Vorrechnungen	169	301
Rostorechnungen	5.672	9.125
Rechnungen m. d. Zentralen	4.094	7.827
		15.210
Einzlagen, jederzeit oder nach Fälligkeit rückzahlbar	12.962	12.541
Kreditfalden auf lfd. Rechnung	19.433	11.131
Rediscont u. Lombardierung von Wertpapieren	39.475	54.012
Ausländische Banken:		
Vorrechnungen	4.625	1.884
Rostorechnungen	67.194	18.809
Rechnungen m. d. Zentralen	28.518	60.314
Gewinne und Verluste verdient, wie wir bereits bei Betrachtung der Jahresabschlüsse der ausländischen Banken betonten, daß es keine Anwendung des Wechselporeffektes, das sich von 1927 zu 1929 beinahe vervierfachte. Dabei trat im Laufe des I. Quartals schon wieder eine Veränderung um rund 10 Millionen złoty ein. Vergleichsweise sei erwähnt, daß das Wechselportefeuille der Bank Polst sich inzwischen nur rund verdoppelt. Es stieg von 351.888.000 złoty am 31. März 1927 auf 495.791.000 złoty am gleichen Tage 1928 und 703.971.000 złoty am März-Ultimo 1929, hat also gerade im Laufe des letzten Jahres eine starke Vergrößerung erfahren, während die Höhe des Wechselportefeuilles der Auslandsbanken sich im gleichen Zeitraum ein gewisses Gleichmaß bewahrt. Bedeutend erhöht haben sich auch die ungeschäftigen offenen Kredite und auf der Passivseite Rediscont und Lombardierung von Wertpapieren sowie Rostorechnungen. Die Passivität der Rechnungen mit den Zentralen der ausländischen Banken ist am 31. März 1928 mit 52.987.000 złoty am höchsten gewesen und hat sich ein Jahr später auf 20.424.000 złoty (gegenüber 14.470.000 złoty am 31. März 1927) vermindert.		

Die Organisation der Weltbank.

Von Dr. Ernst Paulsen.

Die von den Sachverständigen der Pariser Reparationskonferenz in Vorschlag gebrachte "Bank für internationale Zahlungen" soll bekanntlich in der Abwicklung des Reparationsgeschäfts als Treuhänder für die Gläubigerländer die gesamte Arbeit der äußeren Verwaltung des neuen Zahlungsplanes leisten, als Stelle für die Vereinnahmung und Verteilung der Gelder dienen und die Kommerzialisierung und Mobilisierung gewisser Teile der Jahresabslüsse überwachen. Der Sitz dieses internationalen Bankunternehmens ist noch nicht bestimmt, doch denkt man offenbar an einen neutralen zentralen Finanzplatz, sodass wohl entweder eine Stadt in der Schweiz oder in Polen in Betracht kommen wird. Laut den von den Pariser Sachverständigen herausgegebenen und jetzt der Öffentlichkeit übergebenen Richtlinien soll das genehmigte Kapital einen Betrag von rund 100 Millionen Dollar ausmachen. Die einleitenden Maßnahmen hat ein nichtständiger Ausschuss unter der Bezeichnung "Organisationskomitee" zu treffen. Dieser Ausschuss wird von den Gouverneuren der Zentralbanken der sieben Länder, denen die Mitglieder des gegenwärtigen Ausschusses entnommen sind, berufen. Wichtig ist, daß dem Direktorium keine Persönlichkeiten angehören dürfen, die mit nationalen politischen Verantwortlichkeiten besetzt sind. Was die von der Bank entgegenzunehmenden Einladungen betrifft, so erfahren sie folgende Klässifizierung:

1. Einlagen auf Annuitätenkonto;
2. Einlagen von den Zentralbanken;
3. Einlagen auf Abrechnungskonto;
4. Einlagen, deren Entstehung auf die Ausübung der Funktionen der Bank mit Bezug auf die deutschen Annuitäten zurückgeht und welche diese Ausübung zu erleichtern geeignet sind;
5. Einlagen, welche Garantiesonds bezüglich mobilisierter Beiträge der ungeschäftigen Annuität darstellen;
6. Sondereinlagen der deutschen Regierung, die während der ersten 37 Jahre bei der Bank ein unverzinsliches Guthaben in Höhe von 50 Prozent des Durchschnittsguthabens des Annuitätenkontos zu erhalten hat.

Interessieren dürfte hauptsächlich die Frage, in welcher Weise der von der Weltbank zu tätigen Geschäft. Es wird ausdrücklich bestimmt, daß sich die Geschäfte der Bank mit der Politik der Zentralbanken der beteiligten Länder in Einklang halten sollen. Die Bank ist im einzelnen zu Geschäften mit den Zentralbanken befugt, durch Vermittlung der Zentralbanken sowie mit Banken, Bankiers, Gesellschaften und Einzelpersonen jedes beliebigen Landes, freilich unter der Voraussetzung, daß die Zentralbank des betroffenen Landes keine Einwendung erhebt. Im Prinzip sind der Weltbank die üblichen Bankgeschäfte gestattet, wie z. B. An- und Verkauf von Goldmünzen, An- und Verkauf von Wechseln und sonstigen kurzfristigen Schuldtiteln, Unterhaltung von Depotskonten bei den Zentralbanken, Rediscontierung von Wechseln der Zentralbanken, An- und Verkauf von Wertpapieren, wovon jedoch Aktien ausgeschlossen sind. Ebenso darf die Weltbank eigene lang- oder kurzfristige Schuldscheine mit oder ohne Sicherheit ausgeben, um Zentralbanken Kredite gewähren zu können. In den Richtlinien wird aber ausdrücklich betont, daß die Bank eventuelle Investitionsmöglichkeiten niemals dazu benutzen soll, um einen beeindruckenden Einfluß auf die Geschäftsintressen irgend eines Landes auszuüben. Was nun die Treuhänderaufgaben der Bank hinsichtlich des Reparationsgeschäfts anbelangt, so ist sie als die Bewahrerin des Dienstes der deutschen Annuitäten zu betrachten; sie hat in dieser Eigenschaft die sich aus dem deutschen Annuitätenfond ergebenden Beiträge in Empfang zu nehmen und zu verteilen.

Wichtig ist dann die Frage, in welcher Weise der jährliche Neingewinn in der Bank verwirklicht werden soll. Hierbei ist vorgesehen, daß 5 Prozent des jährlichen Neingewinns dem gesetzlichen Reservefonds der Bank zugeschlagen sollen, bis dieser 10 Prozent des jeweiligen eingezahlten Grundkapitals der Bank erreicht hat. Im übrigen soll eine jährliche cumulative Dividende bis zu 8 Prozent ausgeschüttet werden. 20 Prozent des Restes sollen an die Aktionäre gegeben werden, bis eine Höchstdividende von 12 Prozent erreicht ist. Das Direktorium ist jedoch befugt, diese Summe als Dividendenreserve für künftige Dividenzdurchzahlungen einzuhalten. Die Hälfte des alsdann verbleibenden Neingewinns soll dem allgemeinen Reservefonds der Bank zugeschlagen, bis er das eingezahlte Kapital erreicht. Danach verringert sich diese Überweitung um 10 Prozent, bis zur Verdopplung des eingezahlten Kapitals im allgemeinen Reservefonds, dann um weitere 10 Prozent bis zur Verdreifachung des Kapitals und so fort, bis nach Verdreifachung des Kapitals nur noch 5 Prozent des verbleibenden Neingewinns an den allgemeinen Reservefonds abgeführt werden. Der Restbetrag des jährlichen Neingewinns soll zu 75 Prozent den Regierungen, oder den Zentralbanken der Gläubigerländer oder Deutschlands zugeschlagen, wodurch diese in die Lage versetzt werden, in späterer Zeit entsprechende Summen ihrer Einlagen zurückzuziehen. Die restlichen 25 Prozent des jährlichen Neingewinns sind dazu bestimmt, Deutschland unter der Bedingung einer langfristigen, frühestens 5 Jahre nach Einzahlung fassbaren Einlage von mindestens 400 Millionen Reichsmark, die Errichtung der letzten 22 Annuitäten zu erleichtern. Sieht es aber die Deutsche Regierung vor, weniger als 400 Millionen R.M. als langfristige Einlage einzuzahlen, so würde sich ihre Beteiligung am Restgewinn dementsprechend verringern. Hier hat man es zweifellos mit einer Art Ausnahmebestimmung gesehen

Deutschland zu tun, was bei einem internationalen Bankinstitut einiges Erstaunen hervorrufen muss. Beachtenswert ist, daß die Bank so schnell wie möglich sämtliche Angaben der Reparationskommission übernehmen soll, deren Beziehungen mit Deutschland beendet werden. Am Falle von Unstimmigkeiten innerhalb des Direktoriums der Weltbank kann der Weg der schiedsgerichtlichen Austragung nach den allgemeinen Bestimmungen über Schiedsgerichtsbarkeit beschriften werden.

Polnische Exportmöglichkeiten nach Australien.

Kürzlich weiste in London auf seiner Rückfahrt aus Australien ein Lodzer Industrieller, dessen Reise das Ziel verfolgte, die Exportmöglichkeiten Polens nach Australien zu prüfen, über diese Möglichkeiten befragt, äußerte er sich einem Vertreter des "Kurier Polnisch-Posen" gegenüber wie folgt:

Australien ist heute ein Terrain, der sich erbittert bekämpft den amerikanisch-japanischen Konkurrenz. Bedeutend ist dabei zwei besonders ins Gewicht fallende Momente und zwar, daß Australien sich wirtschaftlich selbstständig macht, sich eigene, sich sehr gut entwickelnde heimische Industrie schafft, einen billigen Kredit besitzt sowie einen unverhältnismäßig niedrigen Prozentsatz (nur 4 Prozent, bei uns 9 Prozent), so kommt man zu der Überzeugung, daß die Aussichten auf einen polnischen Export nach Australien ungünstig sind. Lódz begann nach Australienbaumwolle Steppdecken auszuführen. Dies ist ein Artikel, der seinerzeit einen ständigen Absatzmarkt in Russland fand. Das Experiment endete mit einem Fiasco, denn auf dem Konkurrenzmarkt mit Polen auf dem australischen Markt beteiligte sich Japan, das Australien mit Steppdecken nach Lodzer Münzen zu einem um 40 Prozent billigeren Preis überschwemmte. Dagegen gibt es ein gewisses Gebiet des Lodzer Exports, das große Chancen auf dem australischen Markt hätte. Es handelt sich um den Export von Lodzer Plaids, besonders billigen Plaids für lange Auto- reisen. Die Lodzer Plaids könnten sich dank dem riesigen Autoverkehr in Australien einen Absatzmarkt sichern. Melbourne hofft auf eine Million Einwohner 160.000 Autos, jeder seichte Bewohner Australiens hat somit ein eigenes Auto, in dem er somit riesige Gebiete des im allgemeinen schwach bebauten australischen Kontinents bereist.

In Australien dominiert das Arbeiterelement, das in Berufsverbänden hervorragend organisiert ist und gut besoldet ist; das Minimum beträgt 5½ Pfund wöchentlich, das sind 240 złoty. Der Unterhalt ist billiger als in Europa und daher sind mit dem hohen Arbeitslohn der Wohlstand und das Leben in Australien sowie des Einwanderers sehr hoch. Das Leben in Australien ist billig, die Arbeit dagegen teuer. Die Exportmöglichkeiten scheinen daher bei der Kaufkraft der Bewohner recht günstig.

Der Ausfuhrzoll auf Roggen und Roggengemehl aufgehoben. Im "Dziennik Ustaw" (Nr. 40) vom 11. Juni ist die viel beschriebene und allseits erwartete Verordnung vom 4. Juni 1929 erschienen, nach welcher die Ausfuhrzölle auf Roggen und Roggengemehl aufgehoben werden. Die Verordnung ist am 11. Juni in Kraft getreten.

Ende des Textilarbeiterstreiks in Schlesien. Kattowitz, 12. Juni. (PAT.) Im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Textilindustrie in Teschen-Schlesien erfährt die polnische Telegraphen-Agentur, daß es gestern zu einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen ist. Es soll eine aus sechs Personen zusammengesetzte Kommission gewählt werden, die sich mit der Bearbeitung eines neuen Arbeitsvertrags beschäftigen wird. Die Sitzung der Kommission findet am 13. d. M. statt.

Aus der polnischen Bankwelt. Die Bank Przemysłowa in Warschau (Bank polnischer Industrieller) in Warschau hat im vergangenen Jahre die Fusion mit der Oppelbentzreditbank in Warschau durchgeführt und aus diesem Anlaß ihr Kapital um 2 auf 3 Millionen złoty erhöht. Demnächst soll eine weitere Steigerung auf 5 Millionen złoty erfolgen. Die Polst Bank Handlowa (Polnische Handelsbank) in Warschau hat, wie es in ihrem Geschäftsbericht heißt, 1928 ihre normale Tätigkeit wieder aufgenommen und Beziehungen angeknüpft, die es ihr ermöglichen, daß Institut in kurzer Zeit eine feste Basis zu bringen und ihm eine rasche Entwicklung zu sichern. Die Befriedigung der alten Gläubiger schreitet so rasch vorwärts, daß deren Forderungen von 8,5 Millionen złoty Ende 1927 auf 3,2 Mill. złoty zu Anfang Mai d. J. zusammengezogen sind. Der Gewinn für das Jahr 1928, das als Wendepunkt für die Bank betrachtet wird, beläuft sich bei einem Kapital von 1.515.000 złoty auf 6.928,43 złoty und wird auf neue Rechnung vorgetragen. Als besonders wichtig wird die im Zusammenhang mit der Landeswirtschaftsbank erfolgte Aufnahme des Kontaktes mit der obersten Organisation der Holzindustrie und der Beginn einer Kreditaktion für den Holzhandel und die Industrie hervorgehoben. Der Bank ist für diesen Zweck ein Sonderreditskonto eingerichtet, um sich aus den gleichen Gründen Kredite ausländischer Konsortien zu sichern. Die Słaski Bank Górnictwa (Schlesische Bergwerksbank) in Bielsko erhöht mit ministerieller Genehmigung ihr Aktienkapital um 225.000 złoty durch Ausgabe von 9 Stück 25 złoty-Aktien (Emissionspreis 27,50 złoty). Das Kapital wird damit auf 1.410.000 złoty abgerundet. 4 bisherige 25 złoty-Aktien werden zu einer 100 złoty-Aktie zusammengelegt. Außerdem wird der aus der Bilanzrechnung per 1. 7. 28 kommende Überschuss benötigt, um das Kapital um weitere 705.000 złoty zu erhöhen. Ausgegeben werden 7.050 Stück Aktien zu je 100 złoty, von denen je eine auf 2 konvertierte 100 złoty-Aktien kommt.

Höhere Spareinlagen der deutschen Sparkassen im April. Die Spareinlagen bei den Sparkassen des Deutschen Reichs betrugen im April 7,98 Milliarden Reichsmark (7,88 im Vorvorjahr). Die Einzahlungen stellen sich auf 593,63 Mill. (566,78 Mill. im März), die Auszahlungen auf 463,63 Mill. (495,19 Mill. R.M. im Vorvorjahr). Die Scheide-, Giro-, Kontoforrent- und Depotsparinlagen stellen sich am Ende des Berichtsmonats auf 1450,52 Mill. R.M. (1488,60 Mill. R.M. im Vorvorjahr). Davon betragen die Spareinlagen allein in Preußen 5 Milliarden R.M. (4,99 Mill. im April). Die Einzahlungen belaufen sich hier auf 397,88 Mill., die Auszahlungen auf 322,68 Mill. R.M. Die Scheide-, Giro-, Kontoforrent- und Depotsparinlagen bei den Preußischen Sparkassen zeigen einen Stand von 946,59 Mill. R.M. (993,15 Mill. R.M. im Vorvorjahr).

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfassung im "Monitor Polst" für den 13. Juni auf 5,9244 złoty festgestellt.

Der złoty am 12. Juni. Danzig: Ueberweisung 57,78 bis 57,93, bar 57,81–57,96. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,925 bis 47,125, Rattowitz 96,925–47,125, Warschau 46,925–47,125, bar gr. 46,75–47,15. New York: Ueberweisung 11,25, Bularie: Ueberweisung 18,74, Budapest: bar 64,10–64,40. Prag: Ueberweisung 37½%. Mailand: Ueberweisung 214.

Warschauer Börse vom 12. Juni. Umsätze, Verkauf- und Kaufpreise:

	Wert für ein Gramm reinen Goldes	Umsatz	Verkauf	Kauf
1. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
2. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
3. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
4. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
5. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
6. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
7. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
8. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
9. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
10. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
11. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
12. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
13. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
14. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
15. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
16. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
17. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
18. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
19. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
20. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
21. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
22. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
23. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
24. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
25. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
26. Goldmark	57,93	1.000	57,96	57,81
27. Goldmark				

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

G. G. 17. Wenn die Gläubiger bei der Entgegennahme der Zahlung keinen Vorbehalt gemacht haben, haben sie nach dem Gesetz auf Aufwertung keinen Anspruch. Aber die Tatsache allein, daß sie schriftlich keinen Vorbehalt machen — auf der lösungsfähigen Quittung ist ein Vorbehalt überhaupt unzulässig — ist noch kein Beweis dafür, daß ein Vorbehalt nicht gemacht worden ist. Der Vorbehalt ist nämlich an keine Form gebunden, er konnte also auch mündlich gemacht werden oder durch konkordante Handlungen, d. h. durch Handlungen, aus denen zu erschließen war, daß die Gläubiger auf eine spätere Gestellungnahme weiterer Ansprüche nicht verzichten wollten. Können die Gläubiger solches nicht nachweisen, — die Verpflichtung liegt bei ihnen — dann können Sie gerichtlich zur Aufwertung nicht verurteilt werden.

H. D. 1905. Das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928 ist noch nicht ratifiziert; ein Antrag auf Aufwertung kann noch nicht gestellt werden, da von der polnischen Regierung noch keine Vermittlungsstelle bezeichnet worden ist, an die der Antrag zu richten wäre. Die Aufwertung erfolgt für polnische Staatsangehörige, die Ansprüche an deutsche Versicherungsgesellschaften haben, nach den Bestimmungen des deutschen Aufwertungsgegesetzes. Denn der deutsch-polnische Vertrag hat hauptsächlich den

Zweck, daß die Staatsangehörigen des einen Staates rechtlich mit denen des anderen Staates gleichgestellt werden. Die Regulierung des Aufwrtunges (d. h. nach Erlangung der Rechtskraft des Abkommen) erfolgt nach Maßgabe des Vermögens der betreffenden Gesellschaft. Die Auszahlung kann vor dem 31. Dezember 1932 erfolgen, jedoch muß sich der Berechtigte in solchem Falle eine Mindestrung des Betrages um $\frac{1}{2}$ Prozent für jeden vollen Kalendermonat, der zwischen dem Auszahlungstage und dem 31. Dezember 1932 liegt, gefallen lassen. Für einen Optanten kommt das deutsch-polnische Abkommen überhaupt nicht in Frage. Der Optant muß seine Ansprüche an die Versicherungsgesellschaft direkt bei der letzteren geltend machen. Wegen des Umfangs der Pfandbriefe der Posener Landshäfen müssen Sie sich direkt an die Direktion der Landshaft wenden.

Friedrich B. in L. Wenn die Befreiung, als sie Ihnen übergeben wurde, nicht verpfändet oder nicht mit Arrest belegt war, und wenn der frühere Besitzer derselben sich zu der fraglichen Zeit nicht im Konfus befindet, kann Ihnen das Eigentumsrecht an dem Wertstück nicht bestreiten werden, und Sie können auch für anderweitige Verpflichtungen des ehemaligen Eigentümers nicht in Anspruch genommen werden.

Reuter Wilhelm J. in Wiechork. Da die Radfahrkarikate Auskunft geben soll über die Person des Radfahrers, muß der Benutzer des Fahrrades eine eigene Fahrradkarikate besitzen. Wir glauben nicht, daß der Polizeibeamte, ohne daß Fehlen der Fahrradkarikate festzustellen, eine Anzeige erstatte kann. Denn die Fahrradkarten haben nicht bloß lokale Gültigkeit, sondern gelten im ganzen Lande als Ausweis, und wenn der Polizeibeamte auch wissen könnte, daß Sie am Orte keine solche Karte gelöst haben, so war doch die Möglichkeit vorhanden, daß Sie von früher her eine solche, an einem ande-

ren Orte gelöste Karte besaßen. Die Anzeige des Polizeibeamten könnte sich nur auf eine Vermutung stützen, und das kann für eine Anzeige keine Grundlage bilden.

D. in B. 1. Bei einem Überlassungs- oder Kaufvertrage muß der Wert aller Gegenleistungen, d. h. auch die Übernahme der Schulden der Berechnung der Stempelsteuer zu Grunde gelegt werden. Die Schulden sind also nicht abzuziehen. 2. Die Erbschafts- oder Schenkungssteuer beträgt für die Vermanden, die in ihrem Hause in Betracht kommen, bei Objekten zwischen 2000 und 5000 Zloty 4 Prozent. Die Beantwortung der Frage, welches die billige Beschreibung wäre, müssen wir ablehnen, das müssen Sie selbst entscheiden. 3. Die Gerichtsgebühren werden nach dem Wert des Objekts bemessen. Bei einem Objekt von 40 000 Zloty beträgt die Gebühr 88 Zloty bei 60 000 Zloty 112 Zloty. 4. Die Stempelsteuer ist innerhalb 3 Wochen vom Tage der Anfertigung des zu stempelnden Schriftstückes zu entrichten; soll der Vertrag aber ausgeführt oder dem Gericht übergeben werden, so ist die Steuer vorher zu entrichten. Der Finanzminister resp. das Finanzamt kann Sondern oder Ratenzahlungen gewähren.

E. M. in M. Wenn der Gläubiger bei Empfang des Geldes keinen Vorbehalt gemacht hat, kann er nachträglich nichts mehr fordern. — Welche Aufklärung Sie in Sachen der Einlage in der Darlehenskasse haben wollen, ist uns nicht sehr klar geworden. Daß der Markbetrag in Zloty umgerechnet wurde, ist selbstverständlich. — Gegen die fragliche Geflügelkrankheit kennen wir kein zuverlässiges Mittel. — Auf die sporadischen Anfragen können wir Ihnen keine Auskunft geben.

Zwangsvorsteigerung

Am Freitag, dem 14. Juni 1929, vormittags 10 Uhr, wird ul. Pomorska 3, meistbietet bei sofortiger Barzahlung verkauft:

1 Glasrepositorium

Obige Gegenstände kann eine Stunde vor der Vorsteigerung besichtigt werden.

Bydgoszcz, den 13. Juni 1929.

Magistrat Oddział Egzekucyjny.

Zwangsvorsteigerung

Am Sonnabend, dem 15. Juni 1929, vormittags 10 Uhr, werden ul. Fordonska 71/72 nachstehende Gegenstände meistbietet bei sofortiger Barzahlung verkauft:

Schreibmaschine, Schreibtisch, Eis. Schrank und 5 Arbeitswagen.

Obige Gegenstände können eine Stunde vor der Vorsteigerung besichtigt werden.

Bydgoszcz, den 13. Juni 1929.

Magistrat Oddział Egzekucyjny.

Zwangsvorsteigerung.

Am Sonnabend, dem 15. Juni 1929, um 10 Uhr vormittags, werden Neuer Markt 1, im Hofe, an Meistbietende bei sofortiger Barzahlung nachstehend aufgeführte Gegenstände verkauft:

LASTAUTO, Rutschwagen, Arbeitswagen, Klavier, Schreibmaschine, Nähmaschine, Teppich, Herranzaug, goldene Herrenuhr, Bett mit Matratze, 6 kg Schuhfurnahgarn, Schreibblätter, Tische, Sofas, groß. Anzahl Schuhwert, als auch Damen- und Herrenhüte und viele andere kleine Sachen.

Obige Gegenstände können eine Stunde vor der Vorsteigerung besichtigt werden.

Bydgoszcz, den 13. Juni 1929.

Magistrat Oddział Egzekucyjny.

Heirat

Heiratsgesuch

Auf diesem nichtmehr unbekannt Weg suchen wir für meinen Freund Gutsbes. 40 J., evgl., 250 000 zł Vermög., da es demelben an pass. Damenfehl, fehlt, Lebensgefährtin, welche in der Lage ist, durch Beistand ein Glückheim zu gründen. Intell. Damen mit entspr. Vermög., auch jg. Witwe angenehm. Zürcher, m. Bild u. streng. Distr. sind zu richten. u. C. 7894 an die Geistl. d. 3ta.

Wohnungen

Wer tauft 3-4-Zim.-Wohnung geg. 7-Zim.-Wohnung mit Zentralheizung? Ang. erb. u. D. 3453 a.d. Gesch. d. 3.

3 Zimm.-Wohn.

mit Bad u. Gartenanteil trete gegen Erteilung eines hypothekarischen Darlehns von 4000 zł ab. Monatl. Miete 100 zł. Öfferten unter "3 Zimmer" an Biuro Ogłoszeń IRO, Herm. Frankego 3. 7919

Baden mit 2 Zimmern

wohn. u. Küche leer, zu jeder Branche verwendbar, preiswert zu vermieten. Wo? sagt d. Gesch. d. 3ta. 3465

Möbl. Zimmer

Suche von jof. 2-3 gut möblierte Zimmer m. elekt. Licht, Bad sowie Küchenbenutz. Öff. unt. d. Gesch. d. 3ta. 3457 a. d. Gesch. d. 3.

Bensionen

Erholungsbedürft. ja. Dame sucht von sofort für die Zeit von 3-4 Woch.

Landaufenthalt

in waldräicher Gegend. Försterel bevorzugt. Öfferten mit Preisang. unter J. 3461 an die Geschäftsl. d. Zeitg. erb. Primaner, ev., sucht vom 15. 7. bis 15. 8.

Jerienaufenthalt

geg. Nachhilfestund., Pommereulen bevorzugt. Öffert. u. A. 8010 an die Geschäftsl. d. 3.

Pachtungen

1 Zimmer u. Küche m. Obstkart. 3. verpacht. Torunskia 129. 3463

Grundstück v. 2-5 Morg. zu pacht. gefüchtet; wo und welche Geg. gleichgült. Öff. u. A. 3462 a. d. Gesch. d. 3.

Strehbamer Müller sucht gute

Wind- oder

Wassermühle

zu pachten. Gefällige Öfferten unter J. 8008 an die Geschäftsl. d. 3.

Von tücht. Fachmann wird eine

Bäckerei

zu pachten gelöst. (Gegend gleich), eventl. Kauf nicht ausgeschlossen.

Näh. schriftl. Angebote unter G. 8035 an die Geschäftsl. d. Zeitg. erb.

Kirchl. Nachrichten

Synagoge. Donner-

und Freitag. abends. 7/2.

Uhr. Freitag. (Selbstfeier

Sonntagnachm.) vorm. 9 Uhr.

Gef. ausg. 9/4 Uhr.

M. Stęszewski Dienbaugeschäft, Peznańska 23. Tel. 234.

Prima Dörme

Lyck, Jagiellońska 31.

Naklo in Rudki findet am

Dienstag, den 18. Juni d. Js., vorm. 10 Uhr

statt. Treffpunkt 1/10 Kontor der Züderfabrik.

Cukrownia Naklo Tow. Ake.



Für
Überlandreisen –
Für Stadt Fahrten –
Der Wagen
führender Kreise



BUICK
GENERAL MOTORS u. POLSCHE, WARSZAWA

Ernanin-Blutharn

gegen d. Blutharnen der Rinder erhalten

Sie bei

Bruno Fasel,
Drog. u. Parfümerie,
Danzig,
Junkergasse 1 u. 12.
Versand auch nach auswärts. 7668

Chicke und guttähnende
Damen-Toiletten
w. z. solid. Brei. gefüllt
Jagiellońska 44, 1.

Rosen
mit Topfballen,
Polyantha und
andere Sorten,
Freiland-Rhododendron, mit Knospen und Blüten,
Freiland - Azaleen,
Coniferen in vielen
besten Sorten,
Edelwein m. Topfballen
in besten frühen Sorten,
selbstklimmender Wein
mit Topfballen,
Tomaten-Gemüse-
u. Sommerblumen-
pflanzen, Stauden-
gewächse etc. etc.
alle noch in
größter Auswahl
und zu billigsten
Preisen. 7786

Jul. Ross,
Gartenbaubetrieb,
Sw. Trójcy 15.
Telefon 48.

Drahtseile
für alle Zwecke
liefer. 7622
B. Muszyński,
Seifafabrik, Lubawa.

Weißkohl-Pflanzen
1000 Schock und
mehr hat noch
abzugeben
Dom. Kamieniec, pocz.
Szczerlewo, Bydgoszcz.

Mittage
3 Gänge, 1.10 empfohlen
Pomorzanka Pomorska 47



Deutsche Bühne

Bydgoszcz, Z. a.
Die Kulturstiftung
zeigt Sonnabend, den
15. Juni, und Sonntag,
den 16. Juni, abends
8 Uhr, einen neuen Film
der Kulturabteilung
der Ufa" 7899

Der Bilderer
ein Künstler - Volksstück.
(Näheres u. Beran-
staltungen).

Karten zu 1. -- bis
2,50 zł. im Vorverkauf
in Johne's Buchhd.

**Aktive Bühnen-
mitglieder.**
Am Sonntag, d. 16. Juni
findet 8038

**ein Ausflug
nach Mühlthal**
über Rinkau statt.
Treffpunkt 7/10 Uhr
an der Kriegsschule.

Momentbilder vom Kaschauer Menschenfresser-Prozeß.

In Kaschau wird bekanntlich augenblicklich einer Zigeunerbande der Prozeß gemacht, die ein ganze Reihe von Morden auf dem Gewissen hat und sogar verdächtigt ist, das Fleisch ihrer Opfer verzehrt zu haben. Anfangs drehte sich die Angelegenheit um einfache Räuber, um gemeine Mörder, die ihr Unwesen in der Umgebung von Kaschau trieben, bis eines Tages die gesamte Welt Presse von den schauderregenden Nachrichten widerholtte: Die räuberischen Zigeuner in den tschechoslowakischen Karpathen haben ihre Menschenopfer aufgefressen, um so jede Spur ihrer Greuelstaten verschwinden zu lassen. Gendarmen führten die langwierigen Untersuchungen, die Licht in diese dunklen Geheimnisse bringen sollten, und die Zigeuner legten ein offenes Geständnis ab. Sie befannen, ihre zu Tode gefolterten, ausgeplünderten und ausgeraubten Opfer aufgefressen zu haben, und die mit ihnen zugleich aufgegriffenen Weiber — zwei hübsche Zigeunerinnen — gaben zu, selbst das Menschenfleisch zubereitet zu haben, um es genießen zu können.

Der Prozeß währt nun bereits geraume Zeit; wann er endet, ist einstweilen nicht vorauszusagen. Die Verhandlungen waren bisher nicht dazu angekommen, nicht in das Dunkel zu bringen. Die Zigeuner leugnen standhaft, und nur einer von ihnen ist bereit, ein Geständnis vor dem Gerichtshof abzulegen. Es ist aber interessant, wie sich diese primitiven Menschen, die noch immer ihr nomadenhaftes Dasein führen wie ihre Vorfahren seit Jahrhunderien, sich vor Gericht verhalten. Hier folgen einige Momentaufnahmen aus dem Verhandlungssaal. Bunt, phantasievoll, aber sie geben genau die herrschende Atmosphäre wieder.

*
Wilde Gesichtszüge, stechende Augen, tierischer Blick kennzeichnen diese Wesen, die kaum die Bezeichnung „Mensch“ verdienen. Schon ihr Aufzug im Verhandlungssaal erweckte allgemeines Interesse. Berlumpte Kleider, ungepflegtes Äußeres sind auffallend. Bloß der schwere braune Joseph Konia läuft durch „Eleganz“ ab. Er hat einen grünen Rock, weiße Beinkleider, gelbe Hosenträger. Ist tadellos rasiert. Ein schmerhaftes Lächeln zwingt er in sein Gesicht, dessen Züge und Äußeres die schwere Tüberkulose auf den ersten Blick verraten.

Die beiden Weiber schauen unwillig. Sie sind von bedenksloser Eitelkeit erfüllt. Verschiedene bunte Tücher legen sie tagtäglich anders an. Rot ist vorherrschend in ihrer Kleidung. Sie scheinen aber recht mißgelaunt zu sein. Keiner ihrer Blicke streift die Männer, die zwischen den Bajonetten sitzen... *

Alexander Filke, der Räuberhäuptling, wird vernommen. Die Ermordung des Wirtes Imling wird gerade erörtert.

Vorsitzender: „Hast du am Mord teilgenommen?“

Filke: „Nein.“

Vorsitzender: „Jano“ — ein anderer Zigeuner — „steht“ auf und sage aus, wer hub zum erstenmal gegen Imling?*

Jano (ohne mit dem Auge zu zucken): „Paul Ribar.“ Vorsitzender: „Es ist nicht wahr. Ribar war zu dieser Zeit im Spital!“ Jano (gleichfalls mit grösster Seelenruhe): „Entschuldigen, Herr Vorsitzender, dann habe ich mich geirrt...“ *

Rudolph Pecsi ist der „Diplomat“ unter den Zigeunern. Er leugnet ebenfalls bis zum Nagelreissen. Mitunter benutzt er hochtrabende Ausdrücke, die recht komisch wirken. So meint er zum Beispiel, als ihm sein Zeugen vorgehalten wird:

„Aber ich bitte schön, was denkt man von mir? Ich werde doch nicht die ganze menschliche Gesellschaft irreführen? Ich will lieber sterben, aber die Wahrheit kann ich nicht im Stich lassen...“ *

In der Hauptverhandlung leugnen die Zigeuner, daß sie das Menschenfleisch aufgefressen hätten. Anders lauten aber die Protokolle der Gendarmen und die der Untersuchungsrichter.

So sagt wörtlich der Leiter der Strafanstalt: „In meiner Anwesenheit behaupteten die Zigeuner, sie hätten das Fleisch ihrer Opfer aufgefressen. Sie rühmten noch den Geschmack des menschlichen Fleisches, das sie mit Kartoffeln genossen haben. Über die Zubereitung bemerkten sie, sie hätten die besten Teile von den Leichen gelöst, in Säcke gepackt und später in Ruhe zubereitet und verspeist.“ *

Vorsitzender: „Sind die Zigeuner während dieser Behauptungen durch die Gendarmen geschlagen worden?“

Zeuge: „Nein.“

Die Zigeuner behaupten das Gegenteil. Sie beschwören, von den Untersuchungsbeamten schrecklich mißhandelt worden zu sein; auch von dem Untersuchungsrichter behaupten sie, eigenhändig geohrfeigt worden zu sein.

Darüber meint einer der Zigeuner, namens Ribar:

„Wir sind von der Frühe an bis nachmittags fünf Uhr geschlagen worden, um alles zu bekennen.“ *

Es ist wieder an Filke die Reihe, der endlich einen Mord unter der Last der Kreuzfragen bekenn.

Vorsitzender: „So sage mir, wer hat dir dabei geholfen?“

Filke: „Niemand.“

Vorsitzender: „Deine Brüder und Freunde behaupten, es waren noch andere dabei.“

Filke: „Sie lügen alle! Oder glauben Herr Präsident: Benötige ich eine Hilfe, wenn ich einen Menschen umbringen will?“

Filkos Augen funkeln. Wenn man ihn so ansieht, so gewinnt man die feste Überzeugung: Dieser Mann braucht wirklich keine Hilfe, um einen seiner Mitmenschen umzubringen. Er zittert förmlich vor Wut über die Summung, er hätte Hilfe benötigt... S. A.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verjährungszeit zugesichert.

Bromberg, 13. Juni.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung und leichte Abkühlung an.

Rosenmond ohne Rosen.

Endlich scheint die Kälteperiode, die die ersten zehn Tage des Juni begleiten sollte, vorbei zu sein und richtiges Juni-Wetter in Aktion zu treten. Wir haben nichts dagegen. Denn erst unter prächtigem, klarem Himmel und bei Sonnenschein nimmt man wahr, wie sich die Natur in den letzten Wochen erholt hat. Die Baumblüte ist vorbei — d. h. die der Obstbäume. Augenblicklich stehen Rote und Weißdorn noch in schöner Pracht. Von den Rosen allerdings, nach deren Blüte in diesem Monat man auch vom Juni als dem Rosenmonat spricht, ist vorsichtig noch herzlich wenig zu sehen. Ein Teil der Stämme sind dem strengen Frost dieses Winters zum Opfer gefallen. Der Rest steht noch nicht in Blüte. Dieser harte Winter hat eben alle Regeln über den Haufen geworfen.

Aber trotzdem steuern wir mit riesenschritten dem Sommer zu, der in der zweiten Hälfte des Monats bereits beginnt. Sonnenwendfest. Unsere Vorfahren glaubten, am Sonnenwendtag erreiche der Sonnengott mit seinen Sonnenpferden den höchsten Punkt im Himmel. Dort mache er einige Tage halt und schütte aus seinem Füllhorn reichen Segen und Glanz über die Fluren; dann müsse er umkehren und die Sonnenbahn wieder abwärts fahren. Dem Sonnenzug veranstalteten die alten Germanen das Sonnenwendfest. Freudenfeuer leuchteten weit hin und verklärten das große Ereignis. In späterer christlicher Zeit wurde am 24. Juni, der dem heiligen Johannes dem Täufer gewidmet war, das Johannifeuer entzündet.

Für die Entwicklung der Feldfrüchte ist der Verlauf des Juni von großer Bedeutung. So ist es auch erklärlich, daß sich bei den Landleuten eine große Zahl von Bauernregeln herausgebildet hat. Aber die Wetterregeln stimmen mit der Wirklichkeit meist nicht überein. Dennoch ist der Sieben-Schläfer, der 27. Juni, ein sehr gefürchteter Tag, denn wenn an diesem Tage auch nur ein Tropfen Regen fällt, soll es sieben Wochen regnen. Eine solche Grausamkeit des Wettergottes und ihre verheerenden Folgen sind gar nicht auszudenken; aber wir wollen hoffen, daß am 27. Juni die Sonne uns mit ihrem himmlischen Glanz ebenso erfreut wie am heutigen Tage.

* Das Wohnungselend. Eine sozial-hygienische Erhebung über die Wohnungsnot ist soeben abgeschlossen worden und ergibt schon in den bisher veröffentlichten Aussagen furchtbare Notstandsbilder. In dem Warthauer Stadtteil Ochota zum Beispiel wurde festgestellt, daß 75 Prozent aller Wohnungen dort nur einen einzigen Raum besitzen und Außenlicht, Wasserleitung und Kanalisation entbehren. Die Zahl der in diesen übernachenden überschreitet 15 Personen. In Lódz, Lemberg, Wilna und auch in kleineren Städten Kongresspolens sind die Zustände ähnlich. Nur in Westpolen, insbesondere in Posen und Pommerellen sind die Wohnungsvorbedingungen wesentlich besser, während in Österreich-Schlesien die Wohnungssfrage in den letzten Jahren sich auch weiter verschlechtert hat.

* Schont die Felder! Schon wagt das Meer der Halm im Frühlingswind, und die ersten Blumen unter den Getreideähren machen sich bald bemerkbar. Ebenso gleichen die Wiesen feine bunten Teppichen und laden verführerisch zum Plücken eines Blumenstrauses ein. Da ist es angebracht, zur Schonung von Feld und Wiese aufzufordern. Niedergretete Felder und Wiesen bieten einen abstoßlichen Anblick, desgleichen weggewogene, verborrende Blumen. Aber weit wesentlicher ist der Schaden, der den Landwirten angerichtet wird. Kein Landwirt wird auch etwas dagegen haben, wenn sich ein Kind am Begrabe ein paar Blumen plückt. Man kann es aber keinem Landmann verbübeln, wenn er Beschädiger seiner Felder und Wiesen der Bestrafung entgegenführt.

* Der Restaurateur-Verband Bromberg und Umgebung hielt am Dienstag nach gemeinsamer Dampfsfahrt in Brahemünde seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende machte dabei von der auch schon in der „Deutschen Rundschau“ verbreiteten Nachricht Mitteilung, daß die Finanzämter in der nächsten Zeit eine Verfügung erhalten würden, wonach den Konzessionsinhabern eine Verlängerung bis Ende 1929 zugesagt wird. Ausgenommen davon werden allein diejenigen Personen sein, deren Reklamationen vom Verwaltungsgericht abgelehnt beschieden wurden. Ferner wurde die für die Restauratoren wichtige Mitteilung gemacht, daß von jetzt ab die staatlichen Großhandelsfirmen die Monopolflaschen zurückkaufen würden, was bisher nicht der Fall war.

* Ein Einbruch wurde in der gestrigen Nacht in das Lokal des Restaurateurs Małerowicz, Schlesienstraße (Artura Grotterga) 3, verübt. Den Einbrechern fielen Löffel und Zigaretten in die Hände, die einen Gesamtwert von 1000 Zloty repräsentierten.

* Diebstahl. Einem Diebe wurde ein Stück orangefarbener Stoff und eine graugrüne Unterhose abgenommen, die aus einem Schaufenderstahl stammen sollen. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei, Regierungsbüro, Wilhelmstraße (Zagielowska) 21, Zimmer 35a, melden.

* Ein Hühnerdieb drang in der letzten Nacht in den Stall des Hauses Berlinerstraße (Grunwaldzka) 42 ein und stahl acht Hühner, die er an Ort und Stelle abschlachte.

* Festnahme eines Fahrraddiebes. Der aus dem Kreise Turek stammende 25jährige Arbeiter Stanislaus Dolata wurde festgenommen, da er dem beim Bahnhof Bromberg-Gdingen beschäftigten Arbeiter Wladyslaw Jasionowski ein Fahrrad gestohlen hatte. Das Rad konnte dem Diebe

wieder abgenommen und dem rechtmäßigen Besitzer zugesetzt werden.

* Überfahren wurde gestern gegen 11 Uhr vormittags in der Johannistrasse ein 3½-jähriger Knabe namens Alfons Krüger von einem Auto. Das Kind trug glücklicherweise nur leichte Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Der bienenwirtschaftliche Verein Bromberg und Umg. hält am 16. d. M. in Ostromecko bei S. Maka seine Monatsversammlung ab. Abfahrt vom Hauptbahnhof 16.20.

Einen neuen deutschen Kulturfilm mit Spielhandlung, den „Bilderer“ zeigt die Kulturfilmstelle am Sonnabend und Sonntag 8 Uhr abends, ein Altpolovtschuk, ein Hauptrollen von Carl de Vogt, Helga Thomas, Rudolf Kitter und anderen dargestellt werden. „Er bringt diese Handlung auf wunderlichem Naturhintergrund, Bildaufnahmen und Naturbilder sind in so reicher Fülle und so großer Schönheit zwischen die Handlung gesetzt, daß man allen Anlaß hat, den Film als erfreulich zu bezeichnen.“ (Der Bildwart-Blätter für Volksbildung.) Siehe auch Inserat und Einladungen.

* * *

* Aus dem Kreise Bromberg, 12. Juni. Die Feiern stahlen dem Lehrer Gapinski in Osieki sechs Hühner im Werte von 42 Zloty. — Ein Feuer entstand am 10. d. M. in der Besitzung des Landwirts Bronislaw Gdarski aus Goldsied (Trzecimiecz). Dem Feuer fielen eine Scheune und landwirtschaftliche Maschinen zum Opfer. Vier Stunden nach Löschung dieses Brandes brach noch einmal Feuer auf dem Giebel des Wohnhauses aus, das aber gerettet werden konnte. Die Gebäude waren verfärbt. Zur Bekämpfung des Brandes hatten sich die Wehren aus den benachbarten Ortschaften eingefunden.

* Krotoschin (Krotoszyn), 12. Juni. Ein Fahrzeug stahl auf der Chaussee nach Zduńc, umweit Mikes Gartenrestaurant, der Tierarzt aus Zduńc. Er stürzte vom Rad und brach sich das Schienbein. Nachdem man dem Verunglückten im erwähnten Restaurant einen Notverband angelegt hatte, brachte man ihn in das städtische Krankenhaus. — Zu den am vergangenen Sonntag stattgefundenen Wettkämpfen, die vom Sportklub des hiesigen staatlichen Gymnasiums arrangiert worden waren, wurde auch der deutsche Männerturnverein Krotoszyn eingeladen. Erfreulicherweise durften die an den Wettkämpfen beteiligten Turner einen 1. Preis davontragen, und zwar: Hans Binkowski im Klappenspringen. Die Veranstaltung fand unter reger Teilnahme der Bevölkerung Krotoszins in der städtischen Badeanstalt statt.

* Schildberg, 11. Juni. Tödlicher Unfall. Als der Viehhändler Wladyslaw Kania aus Strzyżew, Kreis Schildberg, in der Nacht auf dem Wagen nach Hause fuhr, schleuste plötzlich das Pferd bei der Durchfahrt durch das Dorf Małanów. Es stürzte in den Graben und Kania kam so unglücklich unter dem Pferde zu liegen, daß er erdrückt wurde und auf der Stelle den Tod fand.

* Strelno (Strzelno), 12. Juni. Ein Brand brach in der Nacht des 9. d. M. im Dorf Włostowo hiesigen Kreises auf dem Gehöft des Besitzers Jan Buczkowski aus bisher unbekannter Ursache aus. Durch das Feuer wurden eine Scheune, sowie die Pferde-, Vieh- und Schweineställe bis auf den Grund eingeäschert. Außerdem fanden in den Flammen den Tod zwei Pferde, ein Fohlen, vier Kühe, ein Bulle und ein Mastschwein. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt.

* Samter (Szamotuly), 12. Juni. Notlandung. Am Montag landete auf dem Gelände der Herrschaft Kontinek im Walde von Warskie, Kreis Samter, ein Militärflugzeug, Typ Potez, der 34, Fliegerabteilung in Ławica wegen Motordefekts. Das Flugzeug wurde beschädigt, und die beiden Flieger Stoński und Suchanek wurden leicht verletzt in das Stadtkrankenhaus in Pińne geschafft.

* Kempen (Kepno), 12. Juni. Vergewaltigung. Am Sonnabend vergangener Woche verging sich ein 18jähriger aus Balowiz beim Küchhäuten im Walde an einem 18jährigen Mädchen. Durch die Hilferufe eilte ein Förster herbei, der das Mädchen von dem Wüstling befreite.

* Kołosten (Kościan), 12. Juni. Ein Brand vernichtete am Freitag die gefüllten Scheunen und sonstigen Wirtschaftsgebäude der Wirtes Józef Lukaszewski, Józef Michałowski und Ignacy Kaczmarek. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

* Gośtin, 10. Juni. Ein Feuer brach am Sonnabend auf dem Gehöft des Landwirts Fedrzejew in Czajkow, Kreis Gośtin, aus, dem die Scheune mit Getreidevorräten zum Opfer fiel. Der Schaden beziffert sich auf 15.000 Zloty. Als Brandursache nimmt man unvorsichtiges Umgehen mit der offenen Flamme an.

* Schillberg, 12. Juni. Tödliche Folgen eines Streites. Der 18jährige Anton Tomaszewski schlug mit einer Stange den gleichaltrigen Stanislaus Nagoni in Marszalki so unglücklich ins Genick, daß dieser Gehirnentzündung befiel und nach vier Tagen unter furchtbaren Schmerzen starb.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 13. Juni.

Kralau +, Jawischost + 1,83, Warchau + 2,10, Błock + 1,67, Thorn + 2,08, Gordon + 2,13, Culm + 1,99, Graudenz + 2,17, Krotoszyn + 2,28, Biedel + 1,48, Dirszau + 1,42, Einlage + 2,34, Schiewenhorst + 2,52.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: L. B. Marian Heppke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag für A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 133

Sonnengebräunte, gesunde Haut

wollen Sie doch haben. Drum reiben Sie Ihren Körper mit

NIVEA-CREME

ein. Und dann hinaus ins Freie, in Luft und Sonne. Nivea-Creme verstärkt die bräunende Wirkung der Sonnenstrahlen; sie vermindert die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes. Aber trocken muß Ihr Körper sein. Sie dürfen ihn niemals naß den Sonnenstrahlen aussetzen. Und immer vorher einreiben!

Nivea-Creme enthält das hautpflegende Eucerit, und darauf beruht ihre einzigartige Wirkung.

Dosen gr. 40, 75, zl. 140, 2,60
Keine Zinntuben: zl. 1,35, 2,25

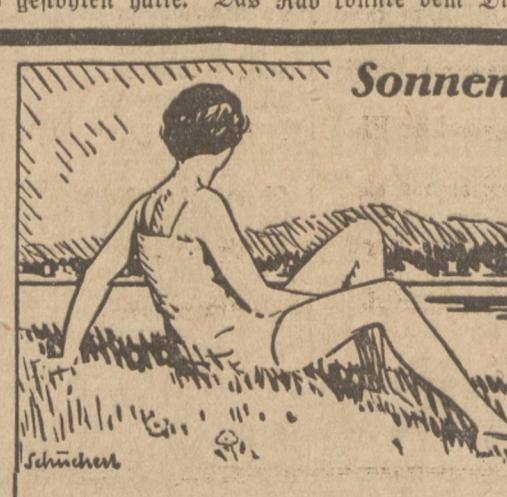
Preis:
zl. 1,50

In den ersten zehn Jahren

sollte jede Mutter ihr Kind ausschließlich mit der reinen, milden

NIVEA-KINDERSEIFE

waschen und baden. Das Kind wird es ihr einst danken, weil ihm dadurch später manche Sorge um die Erhaltung seines guten Teints erspart bleibt. Nivea-Kinderseife ist überfettet und nach ärztlicher Vorschrift besonders für die empfindliche Haut des Kindes hergestellt.



SCHLUSS MIT DEN SCHEUERFESTEN DURCH DEN EINFACHEN, SICHEREN GEBRAUCH VON RINSO



HIER gibts nichts zu drehen und zu deuteln. Rinsos arbeitet allein. Wäscht alles. Rinsos ist milde, unschädlich. Enthält keine Bleichstoffe. Vermeidet starkes Reiben. Rinsos ersetzt Schmierseife und verscheucht Scheuerfeste. Weisse Stoffe werden weisser, Farben leuchtender. Woll- und Flanellstoffe werden weich und laufen nicht ein. Rinsos ist unübertrefflich. Es wäscht Ihre ganze Wäsche selbstständig.

Rinso
WÄSCHT IHRE
KLEIDUNG
SAUBERER

Kein loser Verkauf,
sondern nur in
Paketen.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Elisabeth Bielawski
Konrad Bracka
Grudziądz Więcbork

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hoherfreut an
Leo Knopf
U. Frau Betty geb. Schleimer.
Grutschno, 12. Juni 1929. 8009

Komme 18.
Bahn-Bromberg
Zuschriften unter Nr. 8036 an die Geschäftsstelle d. Zeitg. erb.
Unterricht
in Buchführn g Maschinenreihen Stenographie Jahresabschlüsse durch 7278
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Jagiellońska 14.
Gold. Armbanduhr gefund. Abzuh. Schwanen-Drogerie, Gdańsk 5. 3472

Nach Gottes unerschöpflichen Rat schließt entschlossen nach kurzem, schwerem Leiden nachts 12½ Uhr unser innig geliebter jüngster Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Reinhard Dahm

im blühenden Alter von 17 Jahren 7 Monaten.

Dieses zeigen in tiefstem Schmerze an

Jakob Dahm und Frau.

Brudzawki, den 11. Juni 1929.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 15. d. M., 1 Uhr mittags, vom Trauerhause aus statt. 8017

Neuzeitliche Freiluftkurse in Leibesübungen

nach der Methode der Spandauer Hochschule für Leibesübungen veranstaltet für Kinder von 4 Jahren aufwärts. **Gertrud Zimmermann**, Jagiellońska 37, Telefon 8033

Stellengesuche

Inspektor,

30 Jahre alt, beherrscht die poln. Sprache in Wort u. Schrift, ledig, evgl., energ., zuverl., gewissenhaft, anstrengt Tätigkeit gewöhnt, mit 10 Jahren Praxis auf großen inten. Rübenwirtschaften in Posen und Pomorze, sucht, gefüht auf gute Zeugnisse und Referenzen, anderen Wirkungskreis ab 1. Juli ob. später als erster ob. alleiniger Beamter. Gefl. Offert. unter Nr. 8029 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Strebsamer u. ener-

gischer

Landwirt

Bauernsohn

tüchtiger Adler- und Biehwirt, vertt. mit intensiver Wirtschaft, Saat und Rübenbau, von Jugend auf gewöhnt an strenge Tätigkeit u. gewissenh. Pflichterfüllung. 27 J. alt, evgl., 1,86 groß, reip. Erziehung, ledig, sucht Stellung als

Inspektor

vom 1. Juli. Angeb.

u. Nr. 3450 an die Ge-

schäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung von sofort oder später als

Förster

evtl. als Jagdaufseher,

habe 7jährige Praxis,

gute Zeugnisse vorh.

30 Jahre alt, verheir.

Off. an Maz. Dobrowica

Ronin per Lwow,

Nowy Tomysl. 7983

Empiehle ig. evangel.

Forstmann

als Wald- und

Feldwärter.

Offerter unter Nr. 8015

a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

In Buchführung, Ab-

schlüssen, Kontorarbeit.

Erfahrener mit lang-

jähriger Praxis, sucht

von 8—1 od. 2—6 Uhr

Beschäftigung gegen

150 zl monatlich. Er-

teilt Buchführungsliste

Gefl. Off. u. Nr. 8429 an

die Geistl. d. Zeitg. erb.

Mühlentauftmann,

20 Jahre, perfekt in Deut. u. Polnisch, mit 2 Sem. Dt. Müller-Schule

sucht passende Stellung.

Off. unter Nr. 8414 an

die Geschäftsst. d. Zeitg.

Invalide

bittet edelges. Menschen

um irg. eine Beschäf-

tigung. Off. u. Nr. 7943

a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Chauffeur

mit mindestens drei-jährig. Fahrpraxis für Chevrolet Laufwagen in gute Dauerstellung in Bydgoszcz gefunden. 7977

Gelernter Schlosser od.

Mechaniker bevorzugt.

Bewandert a. in Auto-

reparatur, unverh., gute

Zeugn. a. v. Chauffeur-

schule, aber noch nicht

als Chauffeur in Stell-

ung gewesen. Off. an

Paul Rehm,
Sokolowskie budz.,
pow. Chodziez. 8017

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Jung. Mädchen (Waise)

sucht v. 1. Stellung zur

hilfe. od. Geistl. d. Zeitg. erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Geistl.

b. besch. Geh. Angeb. unt.

W. 8006 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

Ariele, Grudziądz, erb.

Suche **Bolontär**

Beischäftig. Gefl. Anga.

u. Nr. 3449 a. d. Geistl. d. Zeitg. erb.

2 befl. Mädchen suchen

Stell. v. sofl. od. ip. in ein-

Büder. od. Jig.-Ge